3 1761 07015812 6

Demokratie und Organisation

Grundlinien proletarischer Politik

Von
Heinrich Laufenberg
und
Fritz Wolffheim

Ladenpreis 50 Pfg.

Hamburg 1915
Druck und Verlag von Dr. Heinrich Laufenberg.

Presented to the

LIBRARIES *of the*

UNIVERSITY OF TORONTO

by

MARK BOEKELMAN

Demokratie und Organisation

Grundlinien proletarischer Politik

Von
Heinrich Laufenberg
und
Fritz Wolffheim

Hamburg 1915
Druck und Verlag von Dr. Heinrich Laufenberg.

LIBRARY
AUG 13 2008
UNIVERSITY OF TORONTO

Vorwort.

Der Weltkrieg, der aus den imperialistischen Gegensätzen der Großmächte entsprang und in seinen Zielen den imperialistischen Interessen dient, zwingt das Proletariat, das sich bisher nach nationalen Gesichtspunkten orientierte, sich auf den durch den Imperialismus gegebenen Boden in Wirtschaft und Politik zu stellen.

Die vorliegende Arbeit will die Grundlinien der proletarischen Klassenpolitik aufzeigen, die der veränderten Situation entsprechen. Die Grundgedanken, von denen diese Arbeit ausgeht, finden sich bereits in meinem Buche „Der politische Streik", das in der Partei- und Gewerkschaftspresse beifällig aufgenommen wurde. Im wesentlichen dieselben Gesichtspunkte hat der Mitverfasser dieser Arbeit vertreten in zahlreichen Veröffentlichungen im „Hamburger Echo", zu dessen Mitarbeitern er bis zum Tage der Verhängung des Kriegszustandes gehörte, sowie in einer Reihe von Artikeln, die er im „Vorwärts der Pacific-Küste" in San Francisco, dessen leitender Redakteur er war, in den Jahren 1912/13 erscheinen ließ.

Unsere erste gemeinsame Broschüre „Imperialismus und Demokratie" sollte der Selbstorientierung der Partei und der Internationale dienen durch eine Untersuchung der imperialistischen Zusammenhänge, die zum Weltkrieg geführt haben, und ihrer Rückwirkung auf die innere Politik der nationalen Staaten. Die vorliegende Arbeit verfolgt den gleichen Zweck der Selbstverständigung, stellt dabei jedoch die praktische Politik des Proletariats in den Vordergrund der Betrachtungen.

Wenn wir in unserer ersten Broschüre andeuteten, daß der sogenannte Burgfriede nichts anderes ist als eine Kapitulation der Demokratie vor der Politik des Imperialismus, so hat sich inzwischen herausgestellt, daß der Burgfriede sich nicht aufrecht erhalten läßt. Das politische Leben

einer großen Nation läßt sich nicht auf viele Monate zum Stillstand bringen. Der Burgfriede, in Wahrheit heute schon durch die aufflackernden Gegensätze durchbrochen, lebt nur noch als Utopie, und zwar als reaktionäre Utopie. Von seiner Etablierung haben lediglich die reaktionären Parteien und in der einzigen Partei, die ihrem Wesen nach oppositionell ist und sein muß, in der Sozialdemokratie, nur die Kreise Förderung erfahren, die der Regierungspolitik so weit entgegenkamen, daß ihre Zugehörigkeit zu einer grundsätzlichen Oppositionspartei kaum noch in Erscheinung tritt.

Die Verfasser haben es bis jetzt vermieden, unter dem Kriegszustande öffentlich Meinungsverschiedenheiten über die von der Partei zu befolgende Politik zu diskutieren. Diesem Grundsatz getreu haben sie auch in Hamburg sich bei ihrer Kritik streng an den Rahmen der Organisation gehalten, obwohl die von der „Echo"-Redaktion immer wieder — und auch in voller Oeffentlichkeit — beliebte Methode, die Abstimmung der Fraktion vom 4. August in den Vordergrund zu rücken, nur dann einen Sinn haben kann, wenn beabsichtigt wird, die Spaltung der Partei zur Debatte zu stellen, wenn die Abstimmung vom 4. August nicht als einmaliges historisches Faktum, sondern als ein neues Prinzip gewertet werden, wenn der Partei ihre alte prinzipielle Grundlage unter den Füßen weggezogen werden soll, um sie durch eine reformistisch-imperialistische zu ersetzen. Wie sich aus der vorliegenden Arbeit — und indirekt schon aus der ersten Broschüre — ergibt, legen die Verfasser den Schwerpunkt ihrer Auffassung nicht auf die die Partei auseinandertreibende Frage der Haltung der Fraktion, sondern auf die die Partei notwendig zusammenschließende Frage ihrer weiteren Politik gegenüber dem Imperialismus und der mit ihm notwendig verbundenen Reaktion.

Eine Reihe merkwürdiger Vorgänge zwingen uns jedoch, aus unserer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten und klar zum Ausdruck zu bringen, welche Politik der Partei wir in der gegebenen Situation und in der kommenden Zeit für notwendig halten. Wenn es schon

nicht angeht, den früheren Redakteur des Karlsruher Parteiblattes, Fendrich in einer Serie von Regierungsbroschüren unwidersprochen die Auffassung der deutschen Sozialdemokratie repräsentieren zu lassen oder schweigend zuzusehen, wenn Dr. Südekum in neutralen Ländern eine von der Partei unkontrollierte Politik treibt, so wird gegenüber der Broschüre Heines „gegen die Quertreiber" das Reden zur Pflicht. Heine enthüllt deutlich die Ziele etlicher großer Männer in der Partei und möchte den Neu-Revisionismus damit einführen, daß er unter dem Schutz des Kriegszustandes und des Burgfriedens den Hinauswurf der Linken und damit die Spaltung der Partei wirksam vorbereitet. Die bekannte Kritik des „Hamburger Echo" an dem Verhalten der preußischen Landtagsfraktion, eine Kritik, die sich in Form und Wesen mit der Auffassung der Hamburger Scharfmacherpresse und eines Oktavio von Zedlitz deckt, liegt in der gleichen Richtung. Ein Glied in derselben Kette ist das Pronunziamento des Genossen Scheidemann in der Mitgliederversammlung des ersten Hamburger Wahlkreises.

Wenn Genosse Heine die Meinung verbreitet, die Hamburger Organisationen hätten die Opposition leicht abgetan, so genügt es, dieser Behauptung die Tatsachen gegenüberzustellen: Die Versuche der Parteiinstanzen, uns das Reden in den Versammlungen zu unterbinden, scheiterten an der Entschlossenheit der Organisationen, sich ihre Referenten selbst zu wählen. Eine von den Vorständen vor den Vertrauensleuten inszenierte Tadelsaktion gegen die Wortführer der Linken verlief in mehreren Versammlungen der Vertrauensleute so, daß die Vorstände es, entgegen dem ausdrücklichen Beschluß der Vertrauensleute, für geboten hielten, die Versammlungen abzubrechen. Wo die Organisationen selbst zu den von uns vertretenen Anschauungen Stellung nahmen, traten sie mit erdrückender Mehrheit auf unsere Seite. In dieser für die Linke durchaus nicht unerfreulichen Situation war dann die Hamburger Polizei freundlich genug, eine weitere Stellungnahme der Organisationen zu verhindern. Wenn heute die Redaktion des Organs einer von jeher radikalen Mitgliedschaft völlig

nach rechts abgeschwenkt ist, wenn Vorstände und Preßkommission diesen Standpunkt decken, während die Mitgliedschaft zum Schweigen verurteilt ist, so wird weder die Broschüre des Genossen Heine noch die Artikel so unentwegter Männer wie Konrad Häniſch, Paul Lensch und — — Max Grunwald diesen politischen Bankrott in einen Sieg über die „Quertreiber“ umschreiben können.

Mit dieser bankrotten Politik decken sich die Auffassungen des Genossen Scheidemann. Seine Parole des „Durchhaltens“, des Abwartens, bis es der deutschen Regierung belieben wird, ihr Friedensprogramm bekannt zu geben, ist die Abdankung der proletarischen Klassenpolitik in die deutsche Regierungsweisheit, und zwar in eben der Frage, die die Klassenbewegung des Proletariats auf Jahrzehnte bestimmend beeinflußt. Die Hoffnungsseligkeit, die der deutschen Arbeiterklasse nach der Beendigung des Krieges Vorteile erwachsen läßt, „wenn unsere Radikalen keine Dummheiten machen“ — Genosse Scheidemann sollte die Konsequenz haben und auch in der Partei-Oeffentlichkeit zu dieser im Wortlaut festgehaltenen Redewendung stehen —, diese Politik der Illusionen wird verzeihlich, wenn man sich erinnert, wie nachdrücklich in der gleichen Rede der Genosse Scheidemann auf die Gelehrsamkeit gepfiffen hat, die seiner Augenblickspolitik im Wege steht. Wenn der Bericht des „Echo“ an dieser Stelle lebhaften Beifall verzeichnet, so sei zur Ehre des Hamburger Proletariats gesagt, daß die zustimmenden Zurufe an dieser Stelle, wie während der ganzen Rede Scheidemanns, sehr spärlich ausfielen. War dem Genossen Scheidemann von der Polizei für sein Referat nur ein beschränkter Spielraum gestattet worden, so hatte die Polizei nichts dagegen einzuwenden, daß er dem linken Flügel Liebenswürdigkeiten in beliebiger Auswahl darbot. Da die Polizei eine Diskussion seiner Erörterungen nicht zuließ, brauchte er sich hierin keine Beschränkungen aufzuerlegen, zumal es bei dieser Sachlage unmöglich wurde, daß die wirkliche Stimmung der Zuhörerschaft, die trotz des „Echo“-Berichts stark geteilt war, klar in Erscheinung trat. — Ein Versuch des Genossen Lensch, unter den gleichen Umständen die Politik

der Regierung gegen die Linke in Hamburg auszuspielen, scheiterte schon daran, daß auf Grund bestimmter Vorgänge am Beginn der Versammlung Genosse Lensch es nicht wagte, auch nur mit einem Worte die in der Partei bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu berühren.

Diese Bankrottpolitik kann nur so lange machen, als die Mitgliedschaft ihre Meinung nicht in Versammlungen zum Ausdruck bringen kann, oder als dem imperialistischen System des Neu-Revisionismus kein sozialistisches System des proletarischen Klassenkampfes gegenüber gestellt wird. Die Grundlinien eines solchen Systems aufzuzeigen, ist der Zweck der vorliegenden Arbeit, die aus einem jeden proletarischen Leser von vornherein ersichtlichen Gründen, wie unsere erste Schrift, im Selbstverlage erscheint.

Die Massen im Lande mögen urteilen.

Hamburg-Altrahlstedt, im Februar 1915.

Dr. H. Laufenberg.

Gesellschaft, Klasse und Staat.

Die Existenz der menschlichen Gesellschaft beruht auf ihrer produktiven Arbeit. Die Produktivität der menschlichen Arbeit wird bedingt durch den Grad der Technik, die Beschaffenheit des Bodens, die klimatische und geographische Lage und die soziale Struktur der Gesellschaft.

Nachdem die menschliche Gesellschaft Jahrtausende hindurch in kommunistisch wirtschaftende Einzelgruppen zerfallen war, begann innerhalb der einzelnen Gruppen eine auf Privateigentum gestellte Produktion, als damit eine ins Gewicht fallende Erhöhung des Ertrages der Arbeit verbunden war. Hatte schon die kommunistische Wirtschaft die Möglichkeit geboten, Stammfremde zur Sklavenarbeit für die Gemeinde anzuhalten, so gewährte die Privatwirtschaft die Handhabe, auch verarmende Stammesangehörige für die wohlhabenden arbeiten zu lassen und den Ueberschuß der fremden Arbeit zur Ausbeutung weiterer Arbeitskräfte zu verwenden. Damit war die Grundlage geschaffen für die Gesellschaftsentwicklung, die noch heute die Gesellschaft in zwei Teile scheidet: in Arbeitende und Besitzende.

Das Mittel zur Aufrechterhaltung dieses Zustandes war die organisierte Macht, die Gewalt. Wohl sind im persönlichen Recht des Arbeiters große Aenderungen vor sich gegangen, seit die Maschinerie der Ausbeutung komplizierter wurde und mit der Entwicklung der Gesellschaft unter den besitzenden Schichten der Kampf um die Verteilung des Ausbeutungsertrages einsetzte. Wohl wechselten damit auch die Formen der Gewalt, aber die Sache selbst blieb. Der Lohnarbeiter von heute ist als Produzent nicht minder gefesselt, als es der Sklave vor Jahrtausenden war. Wie immer die auf dem Gegensatz

zwischen Arbeit und Besitz aufgebaute Klassengesellschaft beschaffen sein mag, stets sehen sich in ihr die Herrschenden vor eine dreifache Aufgabe gestellt: Erhaltung der Gesellschaft nach außen, Vermehrung der Ausbeutung im Innern, Verteilung des Ausbeutungsertrages unter die verschiedenen Schichten der Besitzenden nach „gerechtem" Maß. Zur Durchführung dieser Aufgaben bedarf es einer starken, in sich gefestigten und geschlossenen Organisation, die die Gesellschaft unter der Diktatur der Besitzenden zusammenfaßt, die im Namen und nach den Interessen der Besitzenden Gesetze schafft und ihre Beobachtung erzwingt. Diese Organisation ist der Staat.

Im Sklavenstaat des Altertums war der Sklave das persönliche Eigentum seines Herrn, der selbst über Tod und Leben befinden konnte. Trotzdem war das Leben des Sklaven relativ geschützt durch das materielle Interesse des Besitzers, der zwar sein Eigentum gewinnbringend verwenden wollte, aber keinen Anlaß hatte, irgend einen Teil davon mutwillig zu beschädigen. Stand in der Gesellschaft der Sklaverei der Schutz des Eigentums turmhoch über dem Schutz der Person, so profitierte auch der Sklave von dieser Rechtslage, da er ja faktisch Eigentum, nicht Person war. Die Naturalwirtschaft des Feudalismus band den Landbesteller als Hörigen an die Scholle, zwang ihn zu Frondiensten für den Grundherrn und unterstellte ihn seiner Gerichtsbarkeit. Im Gegensatz zum Sklavenstaat war das Leben des Hörigen rechtlich gewährleistet; außer in Fällen, in denen die Gesetze sie vorsahen, durfte die Todesstrafe nicht verlangt werden. Aber stärker noch als durch die Gesetze war wiederum das Leben des arbeitenden Bauern durch das Interesse des Grundherrn geschützt, der mit jedem Bauern, den er erschlagen ließ, sich einer Arbeitskraft beraubte, deren Ausnutzung ihm Vorteil brachte und deren Ersetzung in der Periode der Schollenpflichtigkeit sehr schwierig war.

Gründeten Sklavenstaat und Feudalstaat sich auf das Bodeneigentum, das im wesentlichen der Produktion für den Selbstbedarf diente, eine Produktionsform, die wiederum Jahrtausende der menschlichen Entwicklung beherrscht hat, so

stellte sich mit dem Aufkommen der Tauschwirtschaft in Europa, mit der Entwicklung der Städte in der zweiten Hälfte des Mittelalters neben den Grundbesitz als zweite gesellschaftlich herrschende Macht das Geld, neben den Grundeigentümer trat als Ausbeuter der Arbeitskraft der Kapitalist.

Kapitalistische Wirtschaft bedeutet Produktion der Güter für den Markt. Ihr Boden ist die freie Konkurrenz, die fortgesetzt dazu treibt, den Konkurrenten durch billigere Preise zu unterbieten. Sie läßt die in den feudalen Produktionssphären erzeugten Güter als zu teuer erscheinen und macht es für den Grundbesitzer vorteilhaft, immer mehr Gegenstände seines Bedarfs zu kaufen, statt sie selbst durch Hörige oder Zunfthandwerker herstellen zu lassen. So wird die feudale Arbeit entwertet, das Kapital legt Bresche in die Burg des Feudalismus, bis schließlich der Feudalherr selbst in der Bewirtschaftung seines Bodens sich den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise unterwerfen, Kapitalist werden muß. Da die Konkurrenz zu fortgesetzter Verbesserung der Produktionsmethoden zwingt, ist die kapitalistische Wirtschaft die Verneinung der früheren feudalen Stabilität. Das Kapital kann nicht existieren, ohne die Produktionsmittel, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Es hat „die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung".

Auch das Arbeitsverhältnis wurde zum reinen Geldverhältnis. Vorbedingung hierfür war die völlige Trennung der arbeitenden Klassen von den Produktionsmitteln, besonders dem wichtigsten, dem Grund und Boden, war die Schaffung eines Proletariats, das nichts besaß als seine Arbeitskraft, und das dadurch gezwungen war, wollte es nicht verhungern, seine Arbeitskraft an die Besitzer des Geldes zu verkaufen. Diesen winkte damit die Aussicht auf die Häufung von Profiten, die letzten Endes darauf beruht, daß das Kapital die Arbeitskraft nach

dem Marktwert bezahlt, um sich im Arbeitsprozeß ihren höheren Gebrauchswert anzueignen. Da der Arbeiter in der Arbeitsleistung dem Kapitalisten mehr an Wert gibt als er Lohn empfängt, wächst mit der Masse des Proletariats die Quelle des kapitalistischen Reichtums. Unaufhörlich reißt das Kapital zahllose Landbewohner von der Scholle, reißt zahllose städtische Kleinbürger aus Nahrung und Gewerbe, um sie in die Klasse der Besitzlosen hinabzuschleudern. In demselben Maße, worin sich das Kapital entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Ware, wie jeder andere Handelsartikel, und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt.

Die relative Sicherheit der Existenz, die der Arbeiter des Sklaven- und des Feudalstaates besaß, hat der Arbeiter der kapitalistischen Gesellschaft nicht. Wie das Kapital fortgesetzt die Technik revolutioniert, so revolutioniert es auch fortgesetzt die soziale Lage des Proletariats. Die Verbesserung der Technik, die Vervollständigung des Maschinenwesens, macht Frauen- und Kinderarbeit in immer größerem Maße möglich, setzt immer mehr menschliche Arbeit frei, die nur durch Erweiterung der kapitalistischen Produktion Beschäftigung findet, und vermehrt den Ausbeutungsspielraum des Kapitals. Die technische Entwicklung schafft fortgesetzt neue Spezialitäten gelernter Arbeiter, während in noch höherem Grade durch die Anwendung der Maschine gelernte Arbeiterschichten zu ungelernten Hilfsarbeitern herabgedrückt werden. War im Handwerk der Arbeiter der Herr seiner Arbeitsinstrumente, so wird er im kapitalistischen Produktionsprozeß der Sklave der Maschine. Das Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft: Verbilligung der Produktionskosten bei möglichst hohem Profit — lautet, auf die Arbeiterklasse übertragen: möglichst große Arbeitsleistung bei möglichst geringem Lohn. Verbilligung der Produktionskosten der Arbeitskraft heißt Entwertung der

Arbeitskraft, bedeutet, daß der Kapitalist dank der Maschinenwirtschaft aus dem Arbeiter für den gleichen Lohn steigenden Mehrwert herauspressen kann. Das Verhältnis von Arbeit und Kapital, wie es in der Lohnarbeit in klarer und für die ganze Gesellschaft und die Beziehungen der Klassen typischer Weise zutage tritt, ist ein absolut gegensätzliches, bei dem wohl Kompromisse und Vereinbarungen auf Zeit, aber kein Ausgleich und keine Harmonie der Interessen möglich sind.

Wie die freie Konkurrenz dahin wirkt, die Waren zu verbilligen, bis ihr das Monopol, die absolute Beherrschung des Marktes durch einzelne, zwecks Hochhaltung der Preise entgegentritt, so wirkt die Konkurrenz der Arbeiter untereinander auf eine Senkung des Arbeitslohnes. Die Maschinenwirtschaft verschärft diese Tendenz mit zwingender Notwendigkeit. Jeder Betrieb trachtet durch Verwandlung von Menschenkraft in Werkzeug und Maschinenkraft den Preis der für das Unternehmen notwendigen Gesamtarbeit zu mindern. Die für Lohn verauslagte Kapitalmenge mag im ganzen steigen, im Vergleich zu dem in anderen Arbeitsmitteln steckenden Kapital wird sie kleiner. Und wie vom einzelnen Betriebe, gilt dies von der Gesamtarbeit der Gesellschaft. Derjenige Teil des gesellschaftlichen Arbeitsertrages, den die Kapitalistenklasse der Arbeiterschaft als Lohnfonds überweist, mindert sich fortgesetzt, gemessen am Gesamtkapital der Gesellschaft. Es wachsen die Mittel der Ausbeutung riesenhaft, und relativ verengert sich der Nahrungsspielraum der Arbeiterklasse. In diesen Erscheinungen drückt sich die in der kapitalistischen Wirtschaft steckende Tendenz der Verelendung der Arbeiterklasse aus.

Will der Arbeiter diesem Prozeß begegnen, um auf der früheren Höhe seiner Lebenshaltung zu bleiben, will er darüber hinaus Anteil gewinnen an den Kulturgütern, die er schafft, so hat er zu kämpfen um Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit.

Wie in der kapitalistischen Produktion das Monopol die Aufhebung der freien Konkurrenz und damit des Sinkens der Preise im Verhältnis zum verminderten Wert der

Waren bedeutet, so ist für die Arbeiterklasse zur Verhinderung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander und zur Sicherung des Nahrungsspielraumes der Klasse nötig die Koalition. Je riesenhafter die Technik sich entwickelt, je monopolistischer die kapitalistische Wirtschaft wird, je weiter die nationalen Kapitale ihren Ausbeutungsradius stecken und durch ihr Vordringen in immer fernere Länder neue Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiter der heimischen Industrie schaffen, um so notwendiger wird für diese die Koalition in kampffähigen und kampfgesinnten Verbänden, wenn sie ihr Recht auf Existenz nicht preisgeben wollen.

Dem Wesen der Klassengesellschaft entsprechend ist auch unter der Herrschaft des Kapitalismus der Staat die Diktatur der Besitzenden. Und diese Diktatur wird trotz aller Wandlungen in den Formen um so schroffer gehandhabt, je mehr die Ausbeutung in der kapitalistischen Wirtschaft nach ihrem gesellschaftlichen Maß die der früheren Produktionsweisen überragt. Weil der Staat die Organisation der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden ist, muß er notwendig den Spielraum des heimischen Kapitals beständig erweitern, die Möglichkeit der Ausbeutung beständig zu steigern, die Koalition der Arbeiter beständig zu hemmen suchen.

Wie der Staat als Interessenorganisation der Bourgeoisie das Recht der Arbeiter auf ihre Koalition grundsätzlich verneinen muß, so verneint die Arbeiterklasse der Bourgeoisie mit gleicher prinzipieller Schärfe das Recht auf die Diktatur im Staat. Sie stellt dem im Staat zum Ausdruck gelangenden Klassenwillen der Bourgeoisie den in der Organisation verkörperten Klassenwillen des Proletariats entgegen. Sie erkennt im Staat die Diktatur der Bourgeoisie, um diese Diktatur zu bekämpfen und sie zu ersetzen durch die Diktatur des Proletariats.

Die Bourgeoisie, die durch die Revolution gegen den Feudalismus entstand und in ihrer ganzen Existenz das Prinzip der Revolution verkörpert, verneint dem Proletariat das Recht auf Revolution gegen den Kapitalismus. Während sie selbst nicht leben kann, ohne die eigene und

fremde Volkswirtschaften unablässig zu revolutionieren, verkörpert sie in der Politik das Prinzip der Reaktion. Wie das Proletariat wirtschaftlich das Produkt der revolutionären gesellschaftlichen Wirksamkeit des Kapitals ist, muß es politisch gegenüber der reaktionären Bourgeoisie das Prinzip der Revolution verkörpern. Wie die Bourgeoisie dem Proletariat das Recht auf Revolution negiert, so negiert das Proletariat der Bourgeoisie das Recht auf Existenz.

Die Bourgeoisie, die zur Welt kam in der Revolution, die sich heute hält im Kampfe gegen die Revolution, kann nur gestürzt werden durch die Revolution.

Bürgerliche Revolution und bürgerliche Demokratie.

Alle bürgerlichen Revolutionen sind Kämpfe gegen die inneren und äußeren Schranken der kapitalistischen Entwicklung und gegen die Konkurrenz des Auslandes. Der holländische Freiheitskampf, geboren aus dem Klassenkampf des bürgerlichen Handelskapitals wider den spanischen Feudalismus, erlöste nicht nur die holländischen Manufakturen von der Raubpolitik der spanischen Granden, er war zugleich ein weitgreifender Kolonial-Eroberungskrieg, ein fortgesetzter Kaperkrieg gegen die spanischen Handels- und Silberflotten. Die englische Revolution von 1648 bis 1688 brach die Macht des absoluten Königtums, schuf durch Einschränkung des Zunftwesens die Voraussetzung zur raschen Entwicklung der Manufaktur und der ersten großen privatkapitalistischen Monopole und legte den Grund zur englischen Weltstellung in erster Linie durch die koloniale Zurückdrängung Hollands. Die Freiheit, die die Yankees im nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg von 1775 bis 1786 wider England zu erringen wünschten, war im wesentlichen die unbeschränkte Freiheit im Handel, Verkehr und Gewerbe. So

lange die Union englische Kolonie war, schrieben englische Gesetze ihr vor, welche Waren und nach welchen europäischen Märkten sie exportieren durfte. Die amerikanischen Rohprodukte sollten der englischen Industrie zugute kommen, das Aufkommen einer heimischen Industrie dagegen verhindert werden. Der Sieg der Amerikaner gab den amerikanischen Mittelklassen in ihrem Lande die Macht in die Hand, ermöglichte die amerikanische Demokratie und legte den Grund zu dem gewaltigen Aufschwung der Union, die in überraschend kurzer Zeit zu einem der ersten Handelsstaaten der Welt emporstieg. Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg gab das Signal zur großen bürgerlichen Revolution Frankreichs.

Sie spielte sich ab im Rahmen eines Staates, der aus den Religionskriegen des 17. Jahrhunderts hervorgegangen war als der militärisch und politisch am geschlossensten zentralisierte Staat Europas, der mit dem Partikularismus der Feudalzeit gründlich aufgeräumt hatte. Nunmehr fiel auch die absolute Monarchie, fielen die Privilegien der Stände und die Zunftverfassung; die Zollschranken und Mauten, die Frankreich wie ein Gitter überzogen, verschwanden, die freie Konkurrenz wurde in vollem Umfange etabliert. Die gewaltige Ausbreitung des Kapitalismus im Innern machte sich bemerkbar in einem verschärften Konkurrenzkampf gegen England. Zu den direkten Anlässen der französischen Revolution gehörte der für Frankreich überaus ungünstige Handelsvertrag mit England von 1786. In den Kriegen des 18. Jahrhunderts hatte Frankreich seine bedeutsamsten Kolonien, Indien, Kanada und das Hinterland der nordamerikanischen Neu-England-Staaten an das Inselreich verloren. Hinzu kam, daß die auf die Vernichtung des bürgerlichen Staates — und damit des aufkommenden französischen Kapitalismus — gerichteten Bestrebungen der europäischen Koalition mit englischem Gelde finanziert war. Die englische Konkurrenz zu brechen, ist vor allem das Ziel der napoleonischen Politik. Sie will die englische Industrie auf dem europäischen Kontinent ausschalten, um diesen Markt Frankreichs erstarkender Industrie zu sichern und ein neues, dem englischen eben-

bürtiges, französisches Kolonialreich aufrichten. Diese europäische Handelspolitik erforderte das Eingreifen in die deutschen Verhältnisse, wo gleichfalls die feudalen Schranken fallen mußten, sollte das Aufkommen der kapitalistischen Warenwirtschaft ermöglicht werden. Napoleons deutsche Politik trug freilich von Anbeginn die Keime ihres Scheiterns in sich, weil sie Deutschland zwar als Warenmarkt entwickeln wollte, dabei jedoch darauf gerichtet war, zu verhindern, daß aus Deutschland ein industrieller Konkurrent Frankreichs wurde. So führte die napoleonische Zoll- und Militärpolitik zur Beseitigung der Zwergstaaterei und zur Zusammenfassung Deutschlands in größere Wirtschaftsgebiete, machte sich aber zugleich doch so drückend und hemmend bemerkbar, daß die Volkserhebung von 1813 zu einer unabweisbaren Notwendigkeit wurde.

Die geographische Lage Deutschlands und seine wirtschaftliche Zerrissenheit hatten es verhindert, daß sich aus dem alten deutschen Reiche nach französischem und englischem Muster ein zentralisierter absolutistischer Ständestaat bilden konnte. Im dreißigjährigen Krieg scheiterte an dieser wirtschaftlichen Zerrissenheit Wallensteins großer Plan, die Macht der Einzelfürsten zu brechen. Die allgemeine Erschöpfung nach dem Kriege lockerte die Bande zwischen den einzelnen Reichsständen in denkbar größtem Maße. Sie sicherte den großen angrenzenden Staaten nachhaltigen Einfluß auf die deutschen Verhältnisse und verewigte die deutsche Zerrissenheit. Die einzelnen Reichsgebiete entwickelten sich getrennt voneinander und in beständigen Kämpfen miteinander. Der Staat, der von der deutschen Zerrissenheit und ausländischer Unterstützung am meisten profitierte, war Preußen. Als Militärkolonie gegen das Slaventum entstanden, war er durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Polen und Schweden der natürliche Bundesgenosse des Zarismus, durch Englands und Frankreichs Gegnerschaft gegen die Erstarkung des deutschen Reiches ein nützliches Werkzeug wider Oesterreich. Die im siebenjährigen Krieg erreichte völlige Beherrschung der Oder sicherte diesem Staate das Uebergewicht im deutschen Nordosten. Im deutschen Nordwesten hinderten Frankreich

und England das Aufkommen eines starken Militärstaates, während die Abtrennung der Niederlande und die Vernichtung Antwerpens Deutschland um dieselbe Zeit von den großen Meeren zurückwarf, als die Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien das Schwergewicht des internationalen Verkehrs an die Gestade des Atlantischen Ozeans zu verlegen begann. Die Verschiebung des Weltverkehrs wirkte auf Süddeutschland und Oesterreich um so schwerer zurück, als das Ausscheiden der Schweiz aus dem deutschen Reich diesem die Herrschaft über die Alpenpässe entrissen hatte. Oesterreich, das aus den Kämpfen wider die Türken als Militärstaat hervorging, konnte dadurch sein Uebergewicht über den deutschen Süden erhalten, dem die Verkümmerung des Handels mit Italien die Hebel zum wirtschaftlichen und politischen Aufschwung aus der Hand genommen hatte. Die Zwergstaaterei Süddeutschlands war gerade eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Stellung Oesterreichs in Deutschland vor der französischen Revolution.

Der Bourgeoisie eines Landes, das innerlich so zerklüftet und zerrissen war, mußte notwendig ein starker Wille zur Einheit fehlen. In den verschiedenen Teilen ungleich weit entwickelt, hatte sie als Klasse überall das Gefühl der Schwäche und Ohnmacht gegenüber Verhältnissen, die sie aus eigener Kraft sich nicht zu ändern getraute. Ihr Klassenwille drückte sich deshalb nicht aus in politischen Aktionen, die praktisch auf die Umgestaltung des Reiches hinarbeiteten, sondern in philosophischen Theorien und literarischen Schöpfungen, die im luftigen Reiche der Idee das verwirklichten, was die Bourgeoisie brauchte, aber politisch nicht gestalten konnte. Die napoleonische Aera, die Deutschland nach den größeren Wirtschaftsgebieten des Rheinbundes, Preußens und Oesterreichs gruppierte, wobei Ostelbien freilich schlecht genug wegkam, die durch Einführung von bürgerlichen Reformen großen Stils im Rheinbundgebiet auch Preußen und Oesterreich zwang, sich zu modernisieren, mußte eine bedeutende Stärkung der Bourgeoisie zur Folge haben. Kein Wunder, daß bei der Volkserhebung von 1813 die Einigung des Reiches das Programm

der Bourgeoisie und der von ihr beeinflußten Volksmassen war.

Der Deutsche Bund, wie ihn der Wiener Kongreß von 1815 schuf, entsprach den Bedürfnissen der deutschen Bourgeoisie weder in der inneren noch in der äußeren Politik. Er war, nach Lassalles treffendem Wort, nicht die Herstellung der deutschen Einheit, sondern die organisierte Form der deutschen Uneinigkeit. Weil Oesterreich nur mit 12 Millionen seiner Bewohner in ihn eintrat und seine slavische Bevölkerung ausgeschlossen blieb, durfte auch Preußen, um nicht die Gleichstellung mit Oesterreich zu verletzen, nur mit 12 Millionen eintreten und mußte die überwiegend deutschen Provinzen Ost- und Westpreußen außerhalb des Bundes lassen. Der Bund war die in einen Staatsorganismus zusammengefaßte Rivalität Oesterreichs und Preußens, die Rivalität zweier Großstaaten mit annähernd gleicher Machtfülle und mit 37 selbständigen Klein- und Mittelstaaten neben sich. Die zentralisierte Staatsform schloß sich somit von selbst aus, es blieb nur die Möglichkeit des Föderativstaates übrig. Daß den Gliedstaaten volle Souveränität beigelegt wurde, bedeutete die Verschärfung des Partikularismus, der das deutsche Volk nicht nur politisch, sondern auch im Bewußtsein der Volksmassen in voneinander unabhängige Teile zerlegte, kein nationales Staatsbürgerbewußtsein aufkommen ließ und damit die Verschmelzung der einzelnen deutschen Volksstämme zur deutschen Nation, zu einer wirklichen Volkseinheit, verhinderte. Die föderative Verfassung sei nie eine Sache des Volkes gewesen, sondern wie jedes andere Bündnis nur eine Sache der Regierungen, sagte schon Fichte, der den Fürsten nur so weit Existenzberechtigung zugestand, als sie die Aufgabe erfüllten, durch Schaffung des gleichen Rechts für alle sich selbst als Zwingherrn überflüssig zu machen und das nationale Volkstum zu verwirklichen. Für Lassalle sank neben dem großen Gegensatz von Föderation und Volkseinheit selbst der Gegensatz von Monarchie und Republik zu einem relativ unbedeutenden herab; wer ein erbliches, monarchisches und einiges deutsches Kaisertum mit gänzlicher Kassierung der Untersouveränitäten wolle,

und wäre es auch mit allen Schnörkeln, Quasten und Sentimentalitäten der Burschenschaftszeit, stehe auf einer höheren Stufe der Intelligenz und politischen Weisheit als ein Föderativ-Republikaner.

In der äußeren Politik fuhr die deutsche Bourgeoisie fast noch schlimmer. Wie England als Hauptgegner Frankreichs die Koalitionskriege finanziert hatte, wie es von der Niederwerfung Napoleons und der Wiederkehr der Bourbonen hauptsächlich profitierte, so erlangte es auf dem Wiener Kongreß die Verewigung der Abdrängung Deutschlands von den großen Meeren durch die Bildung des Königreichs der Niederlande unter Einschluß des früher österreichischen Belgien sowie durch die Belassung Schleswig-Holsteins bei Dänemark. Damit schien jeder Herrschaft Deutschlands über die Nordsee und am Kanal für immer vorgebeugt.

Wie der Aufstieg Englands wesentlich gefördert worden war durch die politische Ohnmacht und Zerrissenheit Deutschlands seit dem dreißigjährigen Kriege, wie seine Herrschaft über die europäischen Küsten ihre strategische Voraussetzung fand in der Alleinherrschaft über die Nordsee, so stützte sich die englische Seeherrschaft auch nach den napoleonischen Kriegen auf die Zersplitterung der europäischen Mitte. Vermöge des Umstandes, daß der König von England zugleich König über Hannover war, konnte England seine Interessen im Deutschen Bunde jederzeit wirksam zur Geltung bringen. Wie auf dem Wiener Kongreß der kontinentale Gegensatz zwischen Deutschland und England als nationaler und kapitalistischer Gegensatz in Erscheinung rat, wie sich das Werk der Einigung Deutschlands nur vollziehen konnte unter Zertrümmerung des Deutschen Bundes, unter Zerreißung der Wiener Kongreßbeschlüsse und damit im Gegensatz zu den Interessen des englischen Kapitalismus, so mußte die soziale Revolution der deutschen Bourgeoisie zugleich nationale Revolution sein, mußte ihre soziale Emanzipation zugleich die Zusammenfassung Deutschlands zur nationalen Einheit bringen. Indem die nationale Einigung den Grund zur vollen kapitalistischen Entwicklung Deutschlands legte, schuf

sie den Boden, auf dem der kontinentale Gegensatz sich zum imperialistischen auswuchs, vertiefte sie die gegen England gerichtete Tendenz der Entwicklung und rückte die Frage nach der Herrschaft über die Nordsee in den Vordergrund, die für England eine Frage seiner europäischen wie seiner gesamten Weltstellung war. Der Imperialismus fordert die Lösung des Problems in kriegerischen, der Sozialismus in friedlichen Formen.

* * *

Das Prinzip der freien Konkurrenz, an sich unabhängig von Landesgrenzen, erfordert zu seiner Verwirklichung einen geschlossenen, territorial begrenzten Rahmen. Daher entstand, als die kapitalistische Produktion die feudalistische ablöste, als die Menschen für den Markt anstatt für den direkten Konsum zu produzieren begannen, als die komplizierten Bedürfnisse des kapitalistischen Tauschverkehrs eine geordnete Verwaltung auf einheitlicher Grundlage unter Umfassung eines möglichst großen Landgebietes, das den inneren Markt abgeben sollte, nötig machten, der moderne zentralisierte Staat, in dessen Rahmen sich die Volksgenossen zur Nation verschmolzen: der Nationalstaat. Die bürgerliche Nation kam zur Welt mit der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Idee der bürgerlichen Nation hat zwei ineinander verlaufende Seiten, die sich gegenseitig bedingen: sie verkörpert in der äußeren Politik die Unabhängigkeit vom Ausland, und in der inneren Politik die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft unter bürgerlich kapitalistischen Formen. So lange ein Volk um nationale Einheit und Unabhängigkeit vom Ausland ringt, zu deren Verwirklichung die Bourgeoisie die gesamten Volksmassen braucht, schließt die Notwendigkeit dieses Kampfes gegen innere Hemmungen und ausländische Einflüsse in sich die Notwendigkeit der Propaganda einer demokratischen Staatsform. Die Befreiung von inneren Hemmungen, in Deutschland also von der Herrschaft der Fürsten und Junker, mußte den Volksmassen gezeigt werden als die

Befreiung von jeder politischen Herrschaft überhaupt. Absolute Souveränität des Volkes mit ihrer politischen Gleichberechtigung aller, direkte Gesetzgebung durch das Volk, allgemeine Volksbewaffnung und das Recht des Volkes, Regierung und Beamte selbst zu wählen und jederzeit zur Verantwortung zu ziehen, die Erklärung der Abgeordneten zu ausführenden Organen des Volkswillens, der ihnen das Mandat nicht als Blankovollmacht, sondern als gebundene Order übertrug, das Recht des bewaffneten Widerstandes gegen verfassungswidrige Beschränkung der persönlichen Freiheit, absolute Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Reich, Abschaffung der Monarchie unter Aufhebung jeder partikularistischen Beschränkung; das waren die Forderungen, die die Bourgeoisie auf ihre Fahne schreiben mußte, wenn sie sich die Gefolgschaft der Volksmassen sichern wollte. Die einfache Konsequenz dieser innerpolitischen Forderungen ist die absolute Anerkennung des Rechtes jeder Nation auf Schaffung ihres nationalen Staates. Aufhebung fremder Unterdrückung bei a l l e n Nationen und Verbrüderung der befreiten Nationen, waren das Programm der demokratischen Auslandspolitik in der revolutionären Epoche der Bourgeoisie. „Die Demokratie," sagt Lassalle, „kann nicht das Prinzip der Nationalitäten mit Füßen treten, ohne selbstmörderisch die Hand an ihre eigene Existenz zu legen, ohne sich jeden Boden theoretischer Berechtigung zu entziehen, ohne sich grundsätzlich und von Grund aus zu verraten."

Die d e u t s c h e R e v o l u t i o n von 1848 war weit davon entfernt, dieses revolutionäre Programm der Bourgeoisie zu verwirklichen. Der Versuch, die nationale Einheit im Bürgerkrieg zu erringen, wurde von preußischen Bajonetten, der Versuch, die polnische und ungarische Unabhängigkeit wieder herzustellen, von den zarischen Kosaken vernichtet. Statt zur demokratischen Republik oder wenigstens zum nationalen Kaisertum zu kommen, blieb Deutschland beim Deutschen Bund und dem Partikularismus der Einzelstaaten. Von wirklich konstitutioneller Verfassung war nirgends die Rede; die Einzellandtage wurden zur

politischen Einflußlosigkeit verurteilt; nicht das Mandatsystem, das den Abgeordneten zum Wortführer des Volkswillens machte, sondern das Repräsentativsystem, das dem Abgeordneten die Entgegennahme von Instruktionen durch das Volk — ja sogar durch seine eigenen Wähler — ausdrücklich verbot, wurde zur Grundlage des deutschen Parlamentarismus gemacht. Preußen erhielt druch einen Staatsstreich von oben sein berüchtigtes Dreiklassenwahlrecht, das bis heute noch keinen Tag zu Recht bestanden hat, und an Stelle des im Straßenkampf vom 18. März der Monarchie abgerungenen allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts die Massen des Volkes völlig entrechtete, das aber der Bourgeoisie nur um so genehmer sein mußte, als es das Maß von Einfluß, das der einzelne Staatsbürger besitzen sollte, nach der Größe seines Geldbeutels bemaß, ohne nach Herkunft und Entstehungsart des Vermögens zu fragen. Um neben den mammonistischen Interessen die „wohlerworbenen" Rechte der Grundherren würdig zu wahren, wurde über dieses Klassenparlament das Preußische Herrenhaus gesetzt, das einer Laune des damals noch nicht ganz, wenigstens noch nicht offensichtlich irrsinnigen Königs Friedrich Wilhelm IV. entsprang. Reaktionär wie nach innen, war diese Politik auch nach außen. Der enge Anschluß an Rußland, die erneute Unterordnung unter die Vorherrschaft des Hauses Habsburg, das damals noch schärfer als Preußen die Reaktion als Prinzip verkörperte, die Preisgabe der dänischen Herzogtümer, die Erhaltung der habsburgischen Fremdherrschaft in Italien und an der Donau bildeten die Ergebnisse der niedergeschlagenen deutschen Volkserhebung.

Möglich wurde dieser Ausgang der Revolution durch ein Kompromiß von Fürsten, Junkern und Bourgeoisie. War die bürgerliche Klasse gegenüber dem Feudalismus revolutionär bis zu einem gewissen Grade, nur soweit es sich mit der Etablierung ihrer eigenen Herrschaft über das Proletariat vertrug, so ist das Proletariat revolutionär an sich und ohne Einschränkung, da es nicht eine Herrschaft von Menschen über Menschen durch eine andere ersetzen, sondern jede solche Herrschaft unmöglich machen will. Wie

die Erhebungen in Berlin und Wien die unmittelbare Folge der Februar-Revolution in Paris gewesen waren, ließ die dort zunächst etablierte demokratische Republik den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, der bereits während der dreißiger Jahre in England in der großen Chartistenbewegung, in Frankreich in ernsten lokalen Erhebungen zum Ausdruck gekommen war, sogleich in hellen Flammen auflodern. Auch in Deutschland hatte das Proletariat schon vor der Revolution Proben seines gesellschaftlichen Eigenlebens gegeben. Die explosiven Weberkrawalle in Schlesien, die periodisch wiederkehrenden Streiks von Zunftgesellen der verschiedensten Berufe hatten gezeigt, daß es auch hier Schichten gab, denen mit einer formalen politischen Demokratie nicht gedient sein konnte, die die Beseitigung der sozialen Knechtschaft dringend brauchten. Der am Anfang der 40er Jahre entstandene Bund der Kommunisten hatte die Vereinigung von politischer und sozialer Demokratie zu schaffen gesucht, und während der Revolution unter Führung von Marx und Engels in der „Neuen Rheinischen Zeitung" das Banner der revolutionären proletarischen Klassenpartei entfaltet. Daneben liefen die Versuche der Arbeiterverbrüderung, die Arbeiterschaft in nationalen Berufsverbänden zum Zwecke sozialer Reformen zusammenzuschließen. Während so die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der Revolution weit aufklafften, verschärfte sich die Konkurrenz der Kapitalistengruppen der verschiedenen Länder auf dem Weltmarkt, sie erhielt einen gewaltigen Anstoß durch die Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldlager, die mit ihrer gewaltigen Vermehrung der verfügbaren Edelmetalle die Möglichkeiten der industriellen Expansion vervielfachten.

Hatte auch die deutsche Revolution den Traum der nationalen Einheit nicht erfüllt, so ließ sich doch angesichts des gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs der 50er Jahre ihre Verwirklichung nicht lange mehr hinziehen. Da die Bourgeoisie darauf verzichtet hatte, die Einheit auf revolutionärem Wege gegen die Fürsten und Junker zu schaffen,

mußte sie sich damit abfinden, daß nun die Fürsten selber das Werk in die Hand nahmen. Napoleon III. im Bunde mit dem Könige von Sardinien brach durch den Krieg von 1859 bis 1861 die habsburgische Fremdherrschaft in Italien und schuf die italienische Einheit, wenn auch Rom, die natürliche Hauptstadt des Landes, und Venetien zunächst noch ausgeschlossen blieben. Oesterreichs Niederlage in Italien wirkte auf die inneren Verhältnisse Deutschlands zurück; sie stärkte die Macht Preußens, sicherte ihm, das in derselben Zeit zu einer liberaleren Politik in wirtschaftlichen Fragen überging, die Vorhand im Kampf von 1864 um die dänischen Herzogtümer Schleswig und Holstein und ermöglichte 1866 den preußischen Sieg von Königgrätz. Er entschied den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland, den zum Teil bereits die napoleonischen Kriege bewirkt hatten, und machte Preußen zum dominierenden Staate Deutschlands. Das Zollparlament von 1868 und der Abschluß der Militärkonventionen unterstellten wirtschaftlich und militärisch die übrigen Staaten der Führung Preußens; die politische Einigung Deutschlands unter preußischer Spitze im Kriege von 1870 war die natürliche Konsequenz der vorhergehenden Ereignisse. Sie gipfelte in der völkerrechtlichen Anerkennung eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes im nationalen Rahmen. Ein wirklicher Nationalstaat, ein Staat, in dessen Rahmen die Volksgenossen zur einigen Nation verschmolzen sind, ist Deutschland dadurch jedoch nicht geworden. Die Beibehaltung der partikularistischen Rechte der Einzelfürsten und Freien Städte, die dem Volke schon in den hohen Zivillisten schwere Lasten aufbürdet, die den Kampf um die Demokratie über die Einzellandtage zersplittert, verhinderte das Zusammenwachsen der Nation; sie ließ es, um mit Fichte zu reden, bei den Preußen, Sachsen, Bayern bewenden, aber sie schuf keine wahrhaft Deutschen.

Nachdem die bürgerliche Demokratie ihr Banner so weit entwürdigt hatte, daß sie 1861 bei Gründung der Fortschrittspartei den Namen der Demokratie verpönte und sich demgemäß auch im Verfassungskonflikt anläßlich der

preußischen Militärreorganisation betrug, war für sie in Deutschland nichts mehr zu holen. Der absolutistische Militärstaat, den Bismarck repräsentierte, ließ es nicht einmal zu dem Scheine einer Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Parlament, geschweige zu einer Beeinflussung der Regierung durch das Parlament kommen. Kaum hatte Bismarck mit liberaler Hilfe und zum Teil gegen den Widerstand der preußischen Junker die Grundgesetze des Reiches, die dieses erst existenzfähig machten, durchgesetzt, als er daran ging, mittels der Zollpolitik und des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie den Liberalismus zu zertrümmern, ein Ziel, das er in der ersten Hälfte der 80er Jahre erreichte. Der Kampf gegen den Sozialismus und damit gegen die Demokratie in Deutschland einigte von da an für immer den deutschen Scheinliberalismus mit der Junkerpartei unter dem militaristischen Banner des preußisch-deutschen Absolutismus.

Der Ausschluß Oesterreichs aus dem Deutschen Reiche verschärfte dort den Gegensatz der Nationalitäten, veranlaßte die Habsburger, sich zeitweilig auf ihre slavische Mehrheit gegen das Deutschtum zu stützen und vertiefte damit noch die Folgen, die das Erstehen einer geschlossenen europäischen Mitte auf die um ihre nationale Existenz ringenden Balkanvölker ohnehin haben mußte. Der Druck der Balkanvölker auf Oesterreichs Grenze, die Annexion von Elsaß-Lothringen und die Zertrümmerung des englischen Einflusses auf die europäische Mitte führten zum Bunde Deutschlands mit den Ostmächten. Vollzog sich die Einigung Deutschlands im Kampfe mit der französischen Demokratie und der habsburgischen Dynastie, sowie im Gegensatz zu den kapitalistischen Interessen Englands, so war die Fortsetzung des Kampfes gegen die französische Republik wie die Einstellung des Kampfes gegen die habsburgische Dynastie bedingt durch dynastisch-junkerlich-kapitalistische Interessen, so hatte die allmählich beginnende Verschärfung des Gegensatzes zu England ihre Grundlage in der wachsenden kapitalistischen Konkurrenz beider Länder, verstärkt durch den dynastisch-junkerlichen Abscheu vor der

englischen Verfassung und der englischen Parlamentsherrschaft. Drängte der Gegensatz zu Frankreich die deutsche Politik zum engsten Anschluß an Oesterreich, so entsprang die Anlehnung an Rußland vorwiegend dem deutsch-englischen Gegensatz, sowie der natürlichen Wahlverwandtschaft zwischen den russischen und preußischen Junkern. Damit erhielt der Uebergang der deutschen Auslandspolitik von der Kontinental- zur Weltpolitik, die bald offen imperialistischen Charakter annahm, sein Gepräge. Die Liberalen erblickten in der imperialistischen Politik die Erfüllung der Sehnsucht der deutschen Bourgeoisie nach einem größeren Anteil am Weltprofit; aber sie hatten die Führung in dieser Politik unbestritten den preußischen Junkern zu überlassen, ebenso die Wahl der Mittel, die sie unbesehen zu billigen hatten, während der sozialdemokratischen Partei allein der Kampf gegen den deutschen Imperialismus und die von ihm beliebten Mittel vorbehalten blieb.

Daraus schon erhellt zur Genüge, daß Imperialismus und Demokratie unvereinbare Gegensätze sind. Weit entfernt davon, die Demokratie zu verwirklichen und gar „zwangsweise", aus innerer Notwendigkeit, hat der Imperialismus im Gegenteil den Drang, die demokratischen Staatsformen, wo er sie antrifft, zu vernichten.

* * *

Die bürgerliche Demokratie bedeutet Verwirklichung der politischen und rechtlichen Gleichheit unter Beibehaltung der sozialen Unterdrückung der Arbeiterklasse, bedeutet Aufrechterhaltung des Alleinbesitzes der herrschenden Klassen an den Produktionsmitteln, während die proletarische Demokratie Mittel zum Zwecke der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist. Die bürgerliche Demokratie kann nicht sozialistisch sein, ohne sich selber aufzuheben. Deshalb kann sie auch nicht das Uebergangsstadium in die Gesellschaft des Kommunismus sein. Wo sich ihr mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft die Interessen des großkapitalistischen Eigentums in Gestalt von Monopolen entgegenstellen, siegt notwendig die reale Struktur des Eigentums über eine politische Form, die der

Ausdruck bürgerlicher Eigentumsverhältnisse der Vergangenheit ist. Dies zeigt sich mit besonderer Klarheit im klassischen Lande der bürgerlichen Demokratie: in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Zur Zeit ihrer bürgerlichen Revolution, ihres Unabhängigkeitskrieges gegen England, waren die Neu-England-Staaten, die sich zu Beginn des Kampfes zur Union zusammenschlossen, noch ein junges Land, ein Land von Bauern und Kleinbürgern mit einer nur in wenigen Städten entwickelten kapitalistischen Bourgeoisie. Die Gegensätze, die sich aus den Interessen dieser Bourgeoisie und denen der Kleinbürger sowie der aufkommenden Heim- und Lohnarbeiterschichten hätten ergeben können, wurden ausgeglichen durch die Massenhaftigkeit des noch unerschlossenen Landes, die eine starke kolonisatorische Abwanderung nach dem Innern ermöglichte, und den relativen Mangel an Arbeitskräften, der die Unternehmer zwang, hohe Löhne zu zahlen, so daß die Arbeiter die Periode der Lohnarbeit als eine kurze Durchgangsperiode betrachten durften. Weil jahrzehntelang die Klassengegensätze nicht zur Entfaltung kamen, und es von den daraus entspringenden Klassenkämpfen verschont blieb, konnte Amerika als ein Musterland bürgerlicher Freiheit gelten. „Der Sozialismus ist gut für Europa; hier haben wir politische Freiheit, da brauchen wir keinen Sozialismus" — das war noch vor wenigen Jahren das Schlagwort des amerikanischen Arbeiters, der fest davon überzeugt war, daß „in diesem Lande" jedermann die „gleichen Chancen" habe, eine Ueberzeugung, die durch den Aufstieg einzelner, die aus ärmlichen Schichten der Bevölkerung kamen, zu den höchsten Regierungsstellen oder zu Milliardären gefestigt wurde.

Mit dem Sezessionskrieg von 1861 bis 1865, dem gewaltigen Ringen zwischen den Nord- und Südstaaten, das der europäischen Krise von 1859 entsprach, hatte die großindustrielle Entwicklung der Union ihren Anfang genommen. Der Sieg des industriellen Kapitals der Nordstaaten über das Agrarkapital der Südstaaten und die damit verbundene Aufhebung der Sklaverei zeitigten für die kapitalistische Entwicklung Nordamerikas umwälzende

Folgen. Die Korn- und Fleischproduktion des Nordens für den Süden ließ nach zugunsten einer gesteigerten industriellen Produktion, der sich im Süden ein neuer gewaltiger Absatzmarkt erschloß, während der Süden eine Nahrungsmittelproduktion größten Stils ins Leben rief. Die scheinbar unerschöpflichen Reservoire freien Landes gingen in den Besitz kapitalistischer Korporationen über. Riesenhafte Ländereien, die gewaltigen Urwälder des mittleren und fernen Westens, Bergwerks- und andere Monopole wurden an kapitalistische Gesellschaften verschleudert. Die Eisenbahnnetze der Union wurden mit größter Schnelligkeit ausgebaut. Zahllose kleine Farmer sahen sich durch die Konkurrenz der Großländereien, sowie durch die Industrialisierung der Oststaaten immer weiter nach dem Westen gedrängt. Der industrielle Aufschwung, der dem Sezessionskrieg folgte, brach dem ungeheuren technischen Aufschwung die Bahn, der, von Nordamerika ausgehend, auf die gesamte industrielle Produktion der Welt aufs nachhaltigste zurückwirkte.

Hand in Hand damit ging die Korrumpierung des öffentlichen Lebens. Die Bourgeoisie beeilte sich, das berühmte Wort des kommunistischen Manifestes zur Wahrheit zu machen und den Gelehrten, den Advokaten, den Arzt in ihren bezahlten Lohnarbeiter zu verwandeln. Durch Männer dieser Art besorgte sie im Kongreß, im Senat, in der Präsidentschaft, in den Gerichten ihre Geschäfte. Indem sie alle Faktoren der öffentlichen Gewalt in abhängige Werkzeuge ihrer Interessen verwandelte, flößte sie den breiten Massen des Volkes eine so tiefe Verachtung der korrupten politischen Methoden ein, daß diese Massen sich noch weniger um Politik bekümmerten, als sie es sonst, politisch ungeschult und von ihrer Tagesarbeit in Anspruch genommen, getan hätten. Sportfexerei und Sensationspresse, zwei Surrogate, die sich als vortreffliche Mittel zur Ertötung jedes ernsthaften Interesses an allgemeinen Fragen erwiesen haben, taten das übrige.

Diese Methode der Usurpation aller Regierungsgewalt in einem demokratischen Staate arbeitete zur äußersten Zufriedenheit der Beteiligten, bis die immer

kolossalere Entwicklung der Industrie, die Monopolisierung ganzer Produktionszweige durch die Trusts, die Unterwerfung der wichtigsten Lebensmittel- und Rohstoffgewerbe unter die Diktatur einiger Milliardäre, eine vollkommene Revolutionierung der Lebensbedingungen der Volksmassen hervorgebracht hatte, die schon mit der großkapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft angebahnt worden war. Die Monopolisierung der Lebensmittelproduktion verschließt dem Lohnarbeiter und dem eingewanderten Kleinbauern das agrarische Gewerbe; während die Masse der ansässigen Klein- und Mittelbauern zu Pächtern wird, oder sich gezwungen sieht, nach Kanada auszuwandern, müssen die amerikanischen Lohnarbeiter umlernen und die Hoffnung, nur vorübergehend Lohnarbeit zu leisten, aufgeben. Die Massen der eingewanderten, ungelernten, schamlos ausgebeuteten, als Nichtbürger politisch rechtlosen Industriearbeiter geraten in Bewegung; die politische Gleichgültigkeit verschwindet, die sozialistische Partei findet Anklang bei den Massen und revolutioniert deren Denken. Nordamerika wird aus seinem Zustand idyllischer Harmonie herausgerissen. Die Gewerkschaften sehen sich dazu getrieben, die alte zünftlerische Struktur kleinbürgerlicher Fachvereine aufzugeben, sich als moderne Industrieverbände zu reorganisieren und die Lehre vom Klassenkampf, von der Interessensolidarität aller Proletarier der Welt zu akzeptieren: der Gegensatz zwischen politischer Demokratie und sozialer Ungleichheit wird akut in den einsetzenden vornehmlich gegen die Trusts gerichteten Massenkämpfen.

Während die Bourgeoisie die usurpierte Staatsgewalt rücksichtslos zur Niederwerfung der Arbeiter verwendet, erinnern diese sich des verfassungsmäßigen Rechts, das jedem Bürger erlaubt Waffen zu tragen, und setzen sich gegen die Spezialpolizisten und die Miliz zur Wehr. Der Bürgerkrieg ist die Begleiterscheinung fast aller amerikanischen Massenstreiks, die, weit entfernt, rein wirtschaftlicher Natur zu sein, um so mehr politischen Charakter tragen, je mehr sie in ihrer Wirkung über die einzelstaatlichen Grenzen, innerhalb deren sie sich abspielen, hinauswachsen, die gesamte Arbeiterklasse des Landes aufpeitschen

und die Faktoren der Bundesregierung, den Kongreß, den Senat und den Präsidenten zum Einschreiten zwingen. Jeder der großen amerikanischen Streiks der letzten Jahre veranlaßte eine parlamentarische Untersuchung, veranlaßte Massenpetitionen um Einwirkung der Bundesregierung auf die Großunternehmer. Die mitlere Bourgeoisie, die von den Trusts erdrückt zu werden fürchtet, die kleinbürgerlichen Schichten und die mittleren Fabrikanten, die um ihren Anteil an der gemeinsamen Ausbeutung zittern und durch die eiserne Unnachgiebigkeit der Trustbarone die ganze Ausbeuterherrlichkeit in Gefahr gebracht sehen, fordern das Einschreiten der Staatsgewalt am energischsten. Aber stets erweist sich das Unvermögen der Regierung, die Trustbarone ihrem Willen zu unterwerfen. Die Streiks laufen aus in Kompromisse, die nur als Waffenstillstand, nicht als Frieden, betrachtet werden; die Trustbarone versuchen die wenigen Errungenschaften der Arbeiter wieder auszuschalten, die Erregung der Arbeiter steigert sich aufs neue und neue gewaltige Eruptionen des sozialen Kraters sind die notwendige Folge. So zeigt sich nirgends klassischer als im klassischen Lande der bürgerlichen Demokratie, wie diese vor dem bürgerlichen Eigentum kapituliert, wie trotz aller demokratischen Formen die vertrustete Industrie ihre Interessen durchsetzt, indem sie die Demokratie mit Füßen trampelt.

Da es in Deutschland zu keinem demokratischen Staatswesen kam, die demokratischen Formen vielmehr in ihren ersten Ansätzen stecken blieben, hat die deutsche Bourgeoisie die Möglichkeit gehabt, sich in einem Staatswesen einzurichten, dessen Struktur alle Garantien für Aufrechterhaltung der sozialen Ungleichheit, dafür aber um so weniger für die Erringung der politischen Gleichheit bot. Seine Rechtsverfassung enthält alle Normen, die die Industrie zur Syndizierung und Kartellierung nur wünschen kann. Ist diese ein Erfordernis und der notwendige Abschluß der bürgerlichen Produktionsweise, ist sie die Voraussetzung des imperialistischen Wettbewerbs mit anderen Nationen, dann ist es eine mit dem Entwicklungsgang

in Widerspruch stehende Illusion, in der Zeit der Monopole auf die Etablierung einer bürgerlichen Demokratie zu rechnen, um mit ihrer Hilfe die sozialistische Gesellschaft anzubahnen. Wie Frankreich nach dem Weltkriege nur auf dem Boden des Sozialismus wieder auferstehen kann, so kann in Deutschland nur die proletarische Demokratie, nur die Diktatur des Proletariats, an die Stelle des Staatsprinzips des krachenden Privatkapitalismus und des kriegerischen Monopols ein gesundes Staatsprinzip setzen und den Weg anbahnen für die Befreiung der Arbeiterklasse. Auch hier gilt jenes Gesetz der Geschichte, daß Grundübel nicht mit allmählichen Verbesserungen geheilt werden können, ein Gesetz, das ein bürgerlicher Historiker mit Bezugnahme auf die große französische Revolution in das Wort gekleidet hat: Allmähliche Verbesserungen waren das Wiegenlied des französischen Hofes. „Ich weiß nicht, ob man dergleichen damals schon „Entwicklung" nannte. Aber die Entwicklung eines baufälligen Hauses ist sein Umsturz."

Die proletarische Klassenbewegung.

Ist die Verwirklichung des Sozialismus bedingt durch den lebendigen Klassenkampf des Proletariats gegen die kapitalistischen Machthaber, die ihre Gewalt über die gesellschaftlichen Produktivkräfte auch dann nicht preisgeben wollen, wenn ihre Herrschaft zu einem reaktionären Hemmnis der ökonomischen Entwicklung geworden ist, so ergibt sich daraus schon die Ungereimtheit der evolutionistischen und im Grunde fatalistischen Anschauung, die von einem „Hineinwachsen" in den Sozialismus träumt, wenn die Bourgeoisie sich dazu herbeiläßt, dem Proletariat das Maß von Bewegung zu gewähren, das unumgänglich nötig ist, um die industrielle Maschinerie, auf deren Besitz sich die Akkumulation des Kapitals stützt, in Gang zu halten. Wäre das Marxsche Wort, daß Gesellschaftsformationen nie untergehen, bevor alle ihre Produktivkräfte entwickelt und neue höhere Produktionsverhältnisse an ihre

Stelle getreten sind, bevor die materiellen Existenzbedingungen der neuen Gesellschaft im Schoße der alten selber ausgebrütet sind, in dem Sinne zu verstehen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung automatisch in die sozialistische hinüberwechseln könnte, dann freilich täten die Proletarier besser, es kommenden Jahrhunderten zu überlassen, ihre Emanzipation mechanisch zu verwirklichen, und sich inzwischen mit der alten Weisheit der Fürsten und Pfaffen zu begnügen, daß es „immer so gewesen" sei.

Oekonomische Verhältnisse sind nicht elementare Erscheinungen, wie sie die tote Materie beherrschen, sind keine Naturgesetze; ökonomische Verhältnisse sind menschliche Beziehungen, sind das Verhältnis der Gruppen und Klassen einer Gesellschaft zueinander. Entwicklung der Produktivkräfte ist Entwicklung menschlicher Tätigkeiten, ist Beseitigung gesellschaftlicher Hemmungen, ist Steigerung der Lebensenergie der Gesellschaft, ist somit auch Entwicklung eines kampfkräftigen und kampfwilligen Proletariats, das willens und fähig ist, die Bewegung der Produktionsmittel in seinem Sinne zu beeinflussen, die menschlichen Beziehungen in der Oekonomie und damit im Staate so zu gestalten, wie es seinen Interessen entspricht. Die Klassenlage des Proletariats erzeugt bei ihm eine bestimmte Willensrichtung, die, weil sie nicht den Willen von einzelnen, sondern den Willen einer Klasse ausdrückt, als Klassenwille politisch in Erscheinung tritt und die politische Entwicklung beeinflußt. Die Größe und Kraft dieses Klassenwillens ist daher mitbestimmend für die Raschheit und den Grad des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Stunde der Ablösung der kapitalistischen Ordnung durch die sozialistische schlägt um so eher, je früher es dem Proletariat gelingt, durch seinen Zusammenschluß als Klasse und den Nachdruck, die Wucht und Stoßkraft seines Klassenkampfes seinen Klassenwillen zum ausschlaggebenden Willen in der Gesellschaft zu machen.

Wenn der Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft als ein notwendiges Ereignis erscheint, das bei einer gegebenen Höhe der technischen industriellen Entwicklung unabwendbar eintritt, so ist damit — und besonders für das

westeuropäische Proletariat — nicht gesagt, daß die niedergehende kapitalistische Wirtschaft ebenso unabwendbar von der sozialistischen abgelöst wird. Der Zerfall des alten römischen Reiches und seine Uebernahme durch germanische Bauern war der Rückfall in eine Produktionsform, die das römische Reich Jahrhunderte vorher schon durchlaufen hatte. In Spanien war die Folge eines früh hoch gekommenen Geldkapitalismus nicht die Entfaltung der Manufaktur, sondern die Zertrümmerung der gewerblichen Produktion. Die spanischen Granden und der spanische Staat bezogen die Manufakturprodukte aus den Niederlanden, während sie den gewerbfleißigsten und ihnen damit gefährlichsten Teil der heimischen Bevölkerung durch blutige Bürgerkriege und die heilige Inquisition vernichteten und den Grund legten zu dem noch heute so zahlreichen spanischen Lumpenproletariat. Ist es undenkbar, daß die west- und mitteleuropäische Bourgeoisie versucht, die industrielle Produktion nach Asien und Afrika zu verlegen, wozu die ersten Anstalten doch schon getroffen sind, um dem europäischen Proletariat des Schicksal des spanischen Volkes zu bereiten? Wenn in Frankreich die heimische Produktion stagniert und dennoch die Bourgeoisie wachsende Reichtümer zieht aus der Ausbeutung asiatischer und afrikanischer Länder, wenn der Reichtum der englischen Bourgeoisie vornehmlich aus indischen und afrikanischen Quellen gespeist wird, wenn Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung asiatischer Länder und des halbasiatischen Rußland mit kapitalistischer Energie betreibt, so spricht nichts dafür, daß diese imperialistische Entwicklung nicht in absehbarer Zeit die industrielle Entwicklung des eigenen Landes hemmen und der Verwirklichung des Sozialismus in Europa nach Kräften den Boden entziehen wird. Wie der Imperialismus sich entwickelt im Gegensatz zu den Bedürfnissen des heimischen Proletariats, und wie der proletarische Klassenkampf seine Spitze kehrt wider den Imperialismus, so muß notwendig die Bourgeoisie, wenn die Klassengegensätze eine bestimmte Zuspitzung erfahren haben, die die Klassenherrschaft gefährdet, darauf bedacht sein, die heimische Industrie zu schwächen zugunsten der von ihr kontrollierten Industrie

ferner Länder, um damit den wirtschaftlichen Schwerpunkt vom Inland ins ferne Ausland zu verlegen. Sie muß darauf bedacht sein, das kräftige heimische Proletariat zu schwächen zugunsten des noch unentwickelten außereuropäischen, um dem heimischen Klassenkampf das Rückgrat zu brechen und sich selbst die Erhaltung der Mehrwertproduktion zu sichern. Der europäische Kapitalismus von heute hat zwei Ausläufer, die auf Leben und Tod miteinander ringen: den Sozialismus — und den Imperialismus, der den Schwerpunkt der Ausbeutung und Profitbildung und damit der kapitalistischen Entwicklung selbst in die außereuropäischen Gebiete verlegt. So ist der Kampf für den Sozialismus und gegen den Imperialismus eine bedingungslose Notwendigkeit, wenn sich das Proletariat nicht die Grundlage seiner menschlichen Existenz unter den Füßen wegziehen lassen will.

Vorbedingung für die Errichtung der neuen Gesellschaft an Stelle der alten ist die Eroberung der politischen Macht durch die revolutionäre Klasse, ist die politische Revolution, die der arbeitenden Klasse die Hebel der gesellschaftlichen Entwicklung in die Hand gibt. Die Formen der proletarischen Revolution werden bedingt durch die wirtschaftliche Bewegungsweise des Proletariats, wie die Revolutionen einer jeden Klasse durch ihre wirtschaftliche Bewegungsweise bedingt werden.

Das für den Feudalismus ausschlaggebende Machtelement war der Grund und Boden, neben den die Bourgeoisie als das ihr eigentümliche Machtelement das Geld stellte. Während im Schoße des Feudalismus sich der Waren- und Geldverkehr entwickelte, errang die Bourgeoisie ihre gesellschaftliche Macht, indem sie Waren- und Geldverkehr organisierte und damit das neue Machtelement in ihre Hand brachte. Die Bourgeoisie zwang durch ihren Reichtum die feudalen Herrschaftsorgane, sich ihres Geldes zu bedienen und sich ihren Interessen unterzuordnen. Sie revolutionierte die feudale Wirtschaft und schuf jene vom Kapital abhängigen Proletariermassen, auf die sie sich wider die Feudalherren stützte, was nicht ausschließt, daß unter besonderen Umständen feudale und

kapitalistische Interessen eine enge Verbindung eingehen, daß Feudalismus und Kapitalismus nahe miteinander verwachsen.

Bürgerliche Revolutionen haben sich noch in jüngster Zeit in sehr verschiedenen Formen vollzogen: durch Volksaufstand und Bürgerkrieg in China, durch die Rebellion des Heeres in Portugal und der Türkei, durch friedliche Umwandlung der feudalen in die kapitalistische Wirtschaftsform in Japan. Bei aller Verschiedenheit der politischen Form jedoch war ausschlaggebend für den Sieg dieser Revolutionen die organisierte Macht des Geldes.

Die gesellschaftliche Bewegungsweise des Proletariats ist von der der Bourgeoisie im tiefsten Wesen verschieden. Das Proletariat repräsentiert die menschliche Arbeitskraft, repräsentiert jene Seite des Produktionsprozesses, aus der das Kapital sich erneuert und verjüngt, aus der der Bourgeoisie Mehrwert und Profit erwachsen. Sein Klassenkampf entspringt nicht aus der Organisation von Kapital und Produktionsmittel, sondern aus der Organisation der gesellschaftlichen Funktion der Arbeitskraft. Sein Machtelement ist der Mensch selber, ist seine Zahl, seine Masse. Während die Bourgeoisie mit immer gewaltigeren technischen Machtmitteln die menschliche Arbeitskraft im Produktionsprozeß herabzudrücken und auszuschalten und damit die Erfolge des proletarischen Klassenkampfes zu durchkreuzen sucht, kehrt die Arbeiterbewegung immer wieder zum gleichen Ausgange zurück. Ihre Aufgabe, die Arbeitskraft zu organisieren und dadurch die Daseinsbedingungen der Arbeiterklasse zu regeln, greift sie auf immer breiterer Grundlage auf und sucht sie mit immer größeren Massen, unter Umfassung eines immer größeren Teiles der Klasse, zu lösen.

Diese Bewegung des Proletariats hat keine nationalen Grenzen, wie schon die wachsende Abhängigkeit der nationalen Kapitalsgruppen voneinander innerhalb der Weltwirtschaft die gegenseitige Bedingtheit der Arbeiterbewegung in den verschiedenen nationalen Interessen-

gebieten des Kapitals zur notwendigen Folge hat. Ist die Organisation der Arbeitskraft das der Arbeiterklasse eigentümliche Machtelement, ist die Arbeiterklasse somit auch in ihren politischen Kämpfen letzten Endes auf dieses angewiesen, überträgt sich jene Methode des wirtschaftlichen Kampfes und der wirtschaftlichen Organisation auf den politischen Kampf, dann ist die proletarische Revolution nur die revolutionär gesteigerte Organisationsbewegung selbst. Dann aber kann die Etablierung der Diktatur des Proletariats kein einmaliger entscheidender Machtkampf sein. Sie kann nur aus einer Kette gewaltigster Kämpfe bestehen, die über den nationalen Rahmen hinausgreifen. Sie ist ein geschichtlicher Prozeß umfassendster Art, das Kennzeichen der letzten, weltwirtschaftlichen, der imperialistischen Periode der kapitalistischen Wirtschaft.

Die reformistische Taktik.

Die neue Gesellschaftsordnung des Sozialismus kann nur erstehen, wenn in der alten Gesellschaft der Rohbau der neuen errichtet wird. Das hierzu geeignete Menschenmaterial schafft die proletarische Klassenorganisation.

Dadurch, daß hundert oder tausend Arbeiter in einen Verein hineingehen zu dem Zweck, eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen, bilden sie noch nicht einen Teil der proletarischen Klassenorganisation. Ein Kriegerverein, der seinen Mitgliedern Kranken- und Alterspensionen zahlt, ist keine proletarische Klassenorganisation, auch wenn nur Proletarier dem Verein angehören. Auch eine Gewerkschaft ist nicht notwendig ein Teil der proletarischen Klassenorganisation. Sie ist es nicht, wenn die Mitglieder dieser Gewerkschaft lediglich die Erringung von Augenblicksvorteilen, vielleicht gar auf Kosten anderer Arbeiterschichten bezwecken. Das gleiche gilt vom politischen Verein. Eine Sektion der Fortschrittspartei — wenn auch aus Proletariern bestehend — hat mit der proletarischen

Klassenorganisation nicht mehr gemein als ein preußischer Ministerpräsident mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Ein Arbeiterverein, ganz gleich ob wirtschaftlicher oder politischer Natur, wird erst dadurch zur Klassenorganisation, daß seine Mitglieder das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und die Rolle der Arbeiterklasse in ihr erkennen, daß sie über dem Kampf um die bessere Gegenwart nicht das Gesamtinteresse und die Zukunft der Klasse aus dem Auge lassen, daß für ihr Verhalten in der Gegenwart oberstes politisches Gesetz die Zukunft der Klasse, die sozialistische Umformung der Gesellschaft, ist. Dieses Klassenbewußtsein diktiert der proletarischen Klassenorganisation als ihre wichtigste Aufgabe die revolutionäre Aufklärung der Masse, die Heranbildung des Proletariats zu denkenden, bewußten und selbstbewußten Staatsbürgern, denen der Staat nicht ein unbegriffenes Ungetüm, sondern eine wohlverstandene Machtorganisation ist, deren sich das Proletariat bemächtigen muß, um seine gesellschaftlichen Ziele zu erreichen.

Wie die Wirtschaft der Gesellschaft zugleich Lebensfunktion der Gesamtheit und Ausbeutungsfunktion der Minderheit gegenüber der Mehrheit ist, so führt das Proletariat seinen Kampf gegen die Ausbeutung schlechthin und für die Erweiterung seines Nahrungsspielraums. Jenes ist die politische, dieses die wirtschaftliche Seite seines Klassenkampfes, deren jede in einer besonderen Organisationsform zum Ausdruck gelangte. Dies ergab sich notwendig aus der Struktur der Unternehmerklasse, die im Beginn des Kampfes keine Einheit, sondern eine Vielheit mit einander konkurrierender Einzelunternehmer darstellte. Beide Formen des proletarischen Kampfes fallen jedoch im Wesen zusammen. Indem das Proletariat für die Erweiterung seines Nahrungsspielraums kämpft, kämpft es zugleich gegen die Ausbeutung überhaupt. Indem es gegen die Ausbeutung überhaupt kämpft, kämpft es zugleich für die Erweiterung seines Nahrungsspielraums. Alle Phasen seines Kampfes fließen zusammen in seine eine unteilbare Kampfbewegung als Klasse.

Bedingt durch die innere Verfassung der Gesellschaft und die Beziehungen des nationalen Kapitals zum Weltkapital, waren in den einzelnen Ländern Formen und Stärke des proletarischen Klassenkampfes naturgemäß verschieden. So hat der gewaltige kapitalistische Aufschwung der Vereinigten Staaten bei gleichzeitigem Mangel an Arbeitskräften und einer relativen Höhe der Löhne lange Zeit hemmend eingewirkt auf die Klassenbewegung des amerikanischen Proletariats. Umgekehrt ist die relative Schwäche der französischen Bruderorganisationen zurückzuführen auf das Stagnieren der industriellen Entwicklung Frankreichs nach der Niederlage von 1870. Dagegen hat die reaktionäre Struktur Deutschlands, das in seiner nach den Interessen der preußischen Junker orientierten Politik sich aufs engste an das zarische Rußland anlehnte, dazu geführt, daß in Deutschland der politische Kampf, der dem wirtschaftlichen erst die Wege zu ebnen hatte, in besonders starkem Maße das Denken der Proletarier beeinflußte, während gleichzeitig die politische und wirtschaftliche Energie des deutschen Proletariats sich wund stieß an der Rückendeckung, die der Zarismus der preußischen Junkerherrlichkeit bot.

Wie die politischen und wirtschaftlichen Teilkämpfe des Proletariats im Rahmen der Nation zusammenfließen in die eine unteilbare Klassenbewegung, so münden die Teilkämpfe der nationalen Gruppen der Proletarier der verschiedenen Länder ein in die *internationale* Bewegung des Proletariats der Welt. Hervorgerufen durch die Internationalität der Ausbeutung trat neben die nationale Organisation des Proletariats die internationale, die aber zunächst nicht, wie die nationale, eine Kampfgemeinschaft war. Die Gewerkschaften der verschiedenen Länder schlossen Verträge über die Aufnahme ihrer Mitglieder in die Bruderorganisationen, unterstützten sich nach Kräften mit Geldmitteln, statistischen Erhebungen und Informationen, während die anfangs zutage getretenen Versuche, auch über Mindestlöhne und Normalarbeitszeit Vereinbarungen zu treffen, fehlschlugen. Die gemeinsamen politischen Beziehungen traten in Erscheinung in Demonstrationen, Kongressen und Resolutionen. Die Versuche

englischer Arbeitergruppen, zu internationalen wirtschaftlichen Aktionen zu kommen, blieben wie die französischen Versuche der Herbeiführung internationaler politischer Aktionen im Keime stecken. Sie scheiterten und mußten scheitern, weil die Internationale noch nur dem Scheine nach, nicht aber in der Wirklichkeit eine Macht war, wie mit besonderer Deutlichkeit die Entwicklung zeigt, die die Feier des 1. Mai genommen hat. Begonnen und gedacht als Ausdruck des internationalen proletarischen Kampfes gegen die Ausbeutung und für den Weltfrieden, als spontane Massenaktion auf internationaler Grundlage also, die in steigendem Maße das Weltproletariat als Kampfgemeinschaft verbrüdern und die Herrschaft des Kapitalismus erschüttern sollte, sinkt sie herab zum harmlosen Spaziergang einzelner lokaler Arbeitergruppen mit gnädiger Erlaubnis der Unternehmer, trotz aller Versuche kräftiger, selbstbewußter Arbeitermassen der verschiedensten Schichten, unter großen persönlichen Opfern der Maifeier ihren ursprünglichen, revolutionären Charakter zu erhalten.

Die Schwäche der Internationale war bedingt dadurch, daß die führenden Industrien der einzelnen Länder und ihre gesellschaftliche Wirtschaft wesentlich noch auf nationaler Basis fundiert waren, daß im allgemeinen Bewußtsein die nationale Wirtschaft noch als die höchste denkbare Form der gesellschaftlichen Wirtschaft überhaupt erschien, daß sich die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats noch im Bewußtsein der arbeitenden Massen als notwendige Formationen der nationalen Wirtschaft darstellten. Den breiten Massen fehlte noch die Erkenntnis, daß der bürgerliche Nationalstaat ein historisch gewordenes Produkt, und damit auch dem historischen Wechsel aller gesellschaftlichen Beziehungen unterworfen ist, daß der Imperialismus damit beschäftigt ist, über den Rahmen des nationalen Staates hinaus die gesellschaftliche Wirtschaft auf den politisch und wirtschaftlich geschlossenen Staatenkomplex zu stellen.

* * *

Daß im Denken der Arbeiterschaft das nationale Moment noch das internationale überwog, war somit ge-

schichtlich bedingt. Dies gilt besonders von der deutschen Arbeiterklasse.

Als das Erstarken der deutschen Einheitsbewegung 1859 und Napoleons Eingreifen in Italien wider Oesterreich den Gegensatz zwischen Klein- und Großdeutschen, zwischen denen, die sich Deutschland als erweitertes Preußen vorstellten, und denen, die auch die deutschen Teile Oesterreichs eingeschlossen wissen wollten, verschärfte und über die einzuhaltende praktische Politik auch in den demokratisch gesinnten Volksmassen arge Meinungsverschiedenheiten entstanden waren, wendeten sich Marx und Engels gegen die großdeutschen Schlagworte, die die Beherrschung Italiens durch Habsburg als im militärischen Interesse notwendig bezeichneten und den Rhein am Po verteidigt wissen wollten.

Sie wiesen nach, daß, wenn lediglich die Fragen der nationalen Verteidigung, der militärischen Grenzen, ausschlaggebend sein sollten, Frankreich größere Anrechte auf den Rhein hätte, als Deutschland auf einen Fuß italienischen Bodens. Auch die politischen Interessen Deutschlands forderten nicht die Erhaltung, sondern die Beseitigung der habsburgischen Herrschaft in Italien. Das Wesen dieser Fremdherrschaft kennzeichneten sie als in zivilisierten Ländern unerhört: So lange sie währe, müsse Italien immer der Bundesgenosse Frankreichs gegen Deutschland sein. Statt seine Stärke im Besitz fremden Landes zu suchen und in der Unterdrückung einer fremden Nationalität, solle Deutschland dafür sorgen, im eigenen Hause einig und stark zu werden. Ein einiges Deutschland werde kaum jemals mit einem einigen Italien in Zwist geraten, dagegen einen starken Einfluß in Italien dadurch ausüben, daß die Italiener oft genug die deutsche Hilfe gegen Frankreich brauchen würden. Diese Auffassung war vom Standpunkt der internationalen Gesamtsituation durchaus richtig. Aber es fehlte ihr doch die Beantwortung der spezifisch deutschen Kernfrage: Wie stellt sich die deutsche Demokratie zu ihren nächsten und schlimmsten Feinden, den *deutschen Fürsten*?

Auf diese Frage gab Lassalle die treffende Antwort. Er sah in der Einigung Italiens

eine Sache der Demokratie, die nicht dadurch diskreditiert würde, daß ein schlechter Mann vom Schlage Napoleons III. sie in die Hand nehme, wobei er auch die Möglichkeit eines Krieges wider Frankreich nicht außer Betracht ließ. Er verlangte nicht, daß die französischen Heere die deutschen Grenzen überschritten haben müßten, bevor der Kriegsfall gegeben sei. Er fand ihn schon gegeben, wenn Bonaparte für sich oder seine Sippe in Italien auf Eroberungen ausgehe. In diesem Falle solle die deutsche Nation den Krieg führen gegen den Bonapartismus im Bunde mit dem italienischen Volk und den demokratischen Instinkten der französischen Nation. Wollten die deutschen Fürsten auf eigene Rechnung und Gefahr den Krieg an Frankreich erklären, solange kein deutsches Interesse ernstlich bedroht sei, solange es sich nur um die österreichische Gewaltherrschaft in Italien, also um Schwächung Oesterreichs und nicht um Schwächung Deutschlands handele, so hatte Lassalle gegen diesen Fürstenkrieg nichts einzuwenden. Er begrüßte ihn vielmehr, aber nur unter der Voraussetzung, daß die nationale Bewegung sich diesem dynastischen konterrevolutionären Kriege entgegenwürfe und aus seinen unausbleiblichen Wechselfällen revolutionäres Kapital schlüge. Lassalle hoffte darauf, daß die deutschen Fürsten in einem solchen Kriege gründliche Hiebe davontragen würden und er dachte unpatriotisch genug, um dadurch die wirklichen Interessen der deutschen Nation außerordentlich gefördert zu sehen. Dagegen bekämpfte er aufs energischste einen deutsch-französischen Volkskrieg, in dem die beiden großen Kulturvölker sich um nationaler Trugbilder willen zerfleischten, während in Wirklichkeit nur dynastische Interessen auf dem Spiele standen. In einem populären Kriege gegen Frankreich, der keine nationale Lebensfrage hinter sich hatte, sah Lassalle die furchtbarste Gefahr für die europäische Kultur und damit auch für alle nationalen und revolutionären Interessen.

Diese Verschiedenheit der Betrachtungsweise zwischen Marx und Engels auf der einen, Lassalle auf der anderen Seite, wirkte in der beginnenden deutschen Arbeiterbewegung nach bei den Kriegen von 1864 und 1866 und trat mit außerordentlicher Schärfe hervor 1870. Marx

und Engels erblickten in dem Kriege zunächst eine berechtigte Abwehr bonapartistischer Angriffe seitens Deutschlands. Die Lassalleaner stimmten im Reichstage für die Kredite, die Eisenacher enthielten sich der Stimme unter Widerspruch ihres Parteiausschusses. Aber die Auseinandersetzung über die Stellung zum Kriege kam sofort zum Stillstand, als der Krieg seinen vermeintlichen defensiven Charakter auch in der öffentlichen Meinung verlor und zu einem Kriege gegen die französische Republik wurde mit dem Ziel, Elsaß-Lothringen von Frankreich abzutrennen. Es zeigte sich sofort, daß, wie groß auch die Meinungsverschiedenheit über die parlamentarische Taktik war, diese Frage nicht die Grundlage abgab und nicht abgeben konnte für die taktische Sammlung der Arbeiterklasse während des Krieges und nach ihm. So wenig die Haltung der Fraktionen in der Periode des Erstehens des deutschen Nationalstaates Rückschlüsse zuläßt auf die zu beobachtende Haltung einer sozialdemokratischen Parlamentsfraktion in der Zeit des Uebergangs vom Nationalstaat in den Staatenkomplex des Imperialismus, so lehrreich ist doch das geschichtliche Beispiel dafür, daß die proletarische Partei, unbekümmert um die abweichenden Meinungen über die parlamentarische Taktik, sich sofort und geschlossen den herrschenden Klassen gegenüberstellte in der Bekämpfung der kapitalistischen Eroberungsziele des Krieges.

Daß beim Ausbruch des Weltkrieges das nationale Bewußtsein auch innerhalb der organisierten Arbeiterschaft sich stark geäußert hat, findet für Deutschland noch eine besondere Begründung darin, daß hier die sozialistische Arbeiterschaft im Rahmen des Nationalstaates so gewaltige Organisationen geschaffen hat, wie sie sonst nirgends vorhanden sind, und daß nirgends sonst auf dem Boden des Nationalstaates so viele politische Aufgaben für die Arbeiterklasse übrig blieben.

Das Deutsche Reich besitzt die Einheit des bürgerlichen Staates, nicht die Einheit der Nation. Nicht die Nation, sondern eine Fürstenoligarchie gebietet und verfügt über das Reich. Diese Fürstenoligarchie als die politische

Spitze des Reiches bestellt den Bundesrat, der nichts ist als der Geschäftsausschuß und die Verwaltungsfunktion der Einzelstaaten, die hier an Souveränität wieder finden, was sie davon an das Reich abgegeben haben. Diese Fürstenoligarchie besitzt ihre reale Grundlage in den Militär-Konventionen und der von ihr geschaffenen Zolleinheit, Machtfaktoren, vor denen die Rechte von Volk und Reichstag verblassen. Es steckt eine bittere Wahrheit in dem frivolen Wort, der Kaiser müsse jeden Tag in der Lage sein, durch einen Leutnant und zehn Mann den Reichstag schließen und die einzige Konzession der Verfassung an die Demokratie beseitigen zu lassen. Konservative Staatsrechtslehrer haben denn auch mit Behagen festgestellt, die Beseitigung des Reichstagswahlrechts würde weder die Militärverträge noch die Zolleinheit berühren und damit den politischen Bestand des Reiches nicht ernstlich gefährden. Diese Fürstenoligarchie erkennt im Einklang mit ihrem ererbten Prinzip, sich dem Mächtigsten unter Gleichen zu unterstellen, den König von Preußen als Kaiser an. Sie hat, nachdem sie vor der revolutionären nationalen Bewegung erzittert war, die reaktionäre Struktur Preußens zur Grundlage der Reichsgesetzgebung, die reaktionäre preußische Politik zur deutschen Politik gemacht. Sie hat das Reich an Preußen überantwortet, was sich schon in dem Vorrecht des Kaisers ausspricht, gegen Einzelfürsten in Fällen des Bundesbruches Reichsexekutionen zu vollstrecken, während Preußen gegen jede Exekution gesichert ist, da der Deutsche Kaiser nicht den König von Preußen exekutieren kann.

Der proletarischen Politik bleibt es vorbehalten, wider den Partikularismus der Einzelstaaten die Einheit der Nation zu verwirklichen. Je intensiver die imperialistische Entwicklung einsetzt, um so notwendiger wird die Lösung dieser Aufgabe. Als der deutsche Kaiser zu Beginn des Weltkrieges das Wort prägte, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche, erhielt dieses Wort seinen Inhalt durch die politische Gesamtsituation. Es war mehr als die Aufforderung zur Geschlossenheit nach außen. Statt die deutsche Nation zu verwirklichen und den Partikularis-

mus zu beseitigen, war der Burgfrieden die Verneinung der politischen Eigentätigkeit und des politischen Willens der Nation, der sich ja gerade im Parteileben des Volkes offenbart. Der Partikularismus blieb die Basis für das Verhältnis von Regierung und Volk für die Zeit des Krieges und damit auch für die innere Politik der Periode, die der Weltkrieg einleitet. Den Burgfrieden in der gegebenen Form etablieren, hieß eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes im Prinzip abweisen, hieß der Demokratie das Recht verweigern, auf die Friedensbedingungen entscheidend einzuwirken. Nur dann aber, wenn die Nation Herr im Staate wird, kann das deutsche Proletariat die auswärtige Politik des Landes wirksam beeinflussen.

Nicht soweit die gesellschaftliche Wirtschaft *Ausbeutungsfunktion* der Minderheit ist, sondern soweit sie *Lebensfunktion* der Gesamtheit ist, erwächst dem Proletariat ein natürliches Interesse an ihrer Erhaltung. Das Proletariat muß sich dagegen wehren, daß einheitliche Wirtschaftsgebiete auseinandergerissen, daß höher entwickelte Wirtschaften unter die Herrschaft niedrigerer gebracht werden. Es muß sich dagegen wehren, daß das Recht auf nationale Selbständigkeit, das es allen Nationen zubilligt, in der eigenen Nation verletzt werde. Hieraus resultiert in Kriegsfällen, die die Wirtschaft in ihrer Lebensfunktion bedrohen, die militärische Unterordnung des Proletariats unter die gegebene Heeresleitung.

Diese Notwendigkeit besteht, unbekümmert um Schuld oder Nichtschuld der eigenen Regierung am Ausbruch des Krieges, unbekümmert um die Unterscheidung von Angriffs- oder Verteidigungskrieg, die der imperialistische Weltkrieg zur unbrauchbaren Schablone gemacht hat. Aus der militärischen Unterordnung resultiert jedoch nicht und darf nicht resultieren die *politische* Unterordnung unter die Träger der herrschenden Politik. Gerade weil moderne Kriege eine völlige Umwälzung des Verhältnisses der Nationen zu einander bringen, weil sie die Gesamtwirtschaft und damit die Lebensfunktion der Gesellschaft aufs engste berühren, während die herrschende Politik auf die Festigung und Erweiterung der Ausbeutungsfunktion in

erster Linie gerichtet ist und notwendig unter historischem Zwange das Gegenteil von dem zu erreichen suchen muß, was für das Proletariat wünschbar ist, muß dieses sich seiner besonderen Klasseninteressen bewußt bleiben. Aus der Klassenlage des Proletariats ergibt sich, daß über seinem augenblicklichen Gegensatz zu der herrschenden Politik des feindlichen Landes seine Interessengleichheit mit den Proletariern aller Länder — auch der „feindlichen" — als dauerndes Gesetz seiner Politik steht. Während es die eigene Wirtschaft verteidigt, muß es zum Ausdruck bringen, daß es von einer Annexion fremder Wirtschaftsgebiete nichts wissen will. *Sobald das eigene Wirtschaftsgebiet durch die Abwehr der feindlichen Heere von den Grenzen gesichert ist, muß es rückhaltlos für den Frieden eintreten*, um so mehr, als die Notwendigkeit, die eigene Wirtschaft zu sichern, die Proletarier der Länder, in denen feindliche Heere stehen, an der Propaganda des Friedens hindert.

Der Weltkrieg rächt aufs bitterste am deutschen Volke, daß die von der Sozialdemokratie geforderte Auslandspolitik, die Verständigung mit England und Frankreich, nicht verwirklicht wurde. Die deutsche Auslandspolitik, die der inneren Struktur des Reiches entspringt, charakterisiert sich zunächst durch Bismarcks Bündnis mit dem Oesterreich wie es ist, durch den scharfen Gegensatz gegen Frankreich, den Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der seine Spitze gegen England richtet und nicht gegen Oesterreich, wie manchmal fälschlich angenommen wird. Nach kleinen Abweichungen zu Caprivis Zeit findet die Politik Bismarcks ihre Ergänzung und Verstärkung unter Hohenlohe, Bülow und Bethmann Hollweg. Die deutsche Auslandspolitik schließt sich immer enger an Oesterreich an, duldet und stützt alle Extravaganzen der österreichischen Kriegspolitik, verhindert jede Möglichkeit einer Annäherung an Frankreich durch die Methode der gepanzerten Faust. Sie verhilft Rußland zu Port Arthur und der Mandschurei, durchkreuzt die Annäherungsversuche Englands, die auf ein kapitalistisches Kompromiß mit Deutschland hinausliefen, namentlich durch eine zweideutige Aus-

legung des sog. Yangtse-Abkommens zugunsten des russischen Vordringens in der Mandschurei, ein Verfahren, das in England das Vertrauen in die Politik des damaligen Reichskanzlers und jetzigen Gesandten in Rom, Bernhard v. Bülow, völlig zerstörte. Dies hat vielleicht dazu beigetragen, in England die Anschauung zu erwecken, daß die deutsche Politik auch die unmittelbar vor dem Ausbruch des Weltkrieges abgeschlossenen und weit entgegenkommenden Verträge über Vorderasien nicht weniger zweideutig auszulegen entschlossen sei, sobald der Krieg den genügenden Machtzuwachs und die Beherrschung der belgischen Küste gesichert habe. Diese Politik, die sich ganz auf Rußland stützte, mußte zusammenbrechen, sobald die von der deutschen Politik offenbar für unmöglich gehaltene Verständigung Englands mit Rußland eintrat. Den Erfolgen der deutschen Bagdadbahn-Politik stehen das englisch-japanische Bündnis, die russische und chinesische Revolution, die Erweiterung des französisch-russischen Bündnisses zur Triple-Entente, die Liquidierung der europäischen Türkei und die Neutralität Italiens als ebenso viele Niederlagen der deutschen Auslandspolitik gegenüber. Und der Verlauf des Weltkrieges hat nicht den Beweis erbracht, daß dem Versuch, den Knoten mit dem Schwerte zu durchhauen, nicht selbst im Sinne der herrschenden Klassen Deutschlands eine ehrliche Verständigung mit den Nationen des Westens vorzuziehen gewesen wäre.

Militärische und weltpolitische Schriftsteller, die im Einverständnis mit der Reichsregierung die öffentliche Meinung im Sinne der Kriegspolitik beeinflussen, haben diesen Krieg als einen Präventivkrieg Deutschlands bezeichnet. Der Krieg sei notwendig geworden, weil in zwei Jahren die Rüstungen der Triple-Entente so fortgeschritten wären, daß die Millionenheere Deutschlands zur Abwehr nicht ausgereicht hätten. Diese Darlegung erweist der deutschen Regierung den denkbar schlechtesten Dienst. Die russische Politik in Persien, die Bedrohung Armeniens durch Rußland, zeigten an, daß eine dauernde Verständigung zwischen dem zarischen Rußland und dem kapitalistischen England nicht möglich war, daß die Triple-Entente auf schwachen Füßen stand, daß sie an dem Gegen-

satz der asiatischen Interessen Rußlands und Englands zu scheitern bestimmt war. Aber ganz abgesehen von der Festigkeit der Triple-Entente, bedeutete selbst die Möglichkeit ihres Angriffes in zwei Jahren nicht, daß Deutschland sich dieses Angriffes nicht hätte erwehren können, so wenig wie der jetzige Präventivkrieg den Sieg verbürgt.

* * *

In den modernen Staaten gilt als vornehmstes Mittel zum Ausdruck des Volkswillens das Parlament, dessen Stellung in der Gesamtheit der politischen Machtfaktoren naturgemäß zurückwirkt auf die proletarische Klassenbewegung.

Parlamentarismus ist an sich jene politische Verhandlungsmethode, die durch Rede und Gegenrede und die Logik angewandter Gründe in den öffentlichen Körperschaften eines Gemeinwesens auf die als richtig erkannten Grundsätze und Forderungen die Mehrheit der Stimmen vereinigen will. Soll diese Methode ihrem eigentlichen Sinne nach zur Geltung kommen, so ist die Voraussetzung dafür eine wirklich demokratische Gesellschaft, in der die einzelnen Mitglieder sich auf Grund annähernder ökonomischer Gleichheit auch politisch gleichberechtigt gegenüberstehen, in der keine Interessengegensätze und daher auch keine Klassengegensätze existieren. Der Parlamentarismus in seiner reinen Form ist im modernen Klassenstaat nicht möglich. Wie alle Einrichtungen des öffentlichen Rechts ist er hier Herrschaftsmittel der Bourgeoisie wider die Arbeiterklasse.

Die verfassungsmäßige Stellung des Parlaments hängt ab von der politischen Stellung, die sich die Bourgeoisie selber im Staate errungen hat. Am einflußreichsten in der Periode, in welcher die Bourgeoisie seiner bedarf, um den Staat nach ihren Interessen einzurichten, verliert es an Bedeutung, sobald die Bourgeoisie in der Lage ist, ihren Klassenwillen gegenüber der Arbeiterklasse wie den etwa noch bestehenden alten Machtfaktoren durchzusetzen durch die überragende Macht des Geldes. Für die Arbeiterklasse ist in ihrem Tageskampfe die größere oder geringere Macht

des Parlaments von erheblicher Bedeutung. Die prinzipielle Stellung der Arbeiterklasse zum Parlamentarismus wird hierdurch freilich nicht berührt.

In Deutschland wird die Stellung der Arbeiterschaft in dem ohnehin mit geringer Macht ausgestatteten Parlament automatisch herabgedrückt durch die in Wahrheit bestehende Ungleichheit des Wahlrechts. Die Entrechtung der Großstädte, die in der alten Wahlkreiseinteilung zum Ausdruck kommt, der Druck der Regierung auf die Staatsarbeiter, deren Zahl mit der Ausdehnung der Staatsbetriebe und den bevorstehenden neuen Staatsmonopolen automatisch wächst, die sich ständig mehrenden ausländischen agrarischen und industriellen Arbeiter mit ihrer politischen Rechtlosigkeit, das mit der Durchsetzung der imperialistischen Ziele notwendig verbundene starke Wachstum gerade dieser Arbeiterschicht, vermindern in Deutschland die parlamentarische Macht der Arbeiterklasse.

Das natürliche Endziel der politischen Aktion des Proletariats ist die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische, ist zunächst die Ersetzung der bürgerlichen Staatsgewalt durch die Diktatur des Proletariats. Da diese die Entthronung der Bourgeoisie bedeutet, ist nicht zu erwarten, daß durch parlamentarische Aktion, durch Verhandlung und Abstimmung im Parlament, die Vertreter der Bourgeoisie sich von der Ueberflüssigkeit der Kapitalistenklasse überzeugen lassen und freiwillig abtreten. Als Herrschaftsmittel der Bourgeoisie kann der moderne Parlamentarismus nicht die Abdankung der Bourgeoisie bringen. Schickt eine revolutionäre Klasse ihre Vertreter ins Parlament, nimmt sie hier die ihr eingeräumten oder von ihr erkämpften Positionen ein, so begibt sie sich damit nicht des Anspruchs, sich, wo immer sie kann, neue Positionen zu erkämpfen. Das aber würde es im Grunde bedeuten, wenn das Proletariat in der bürgerlich-parlamentarischen Aktion die höchste und letzte Form des Klassenkampfes erblickte. Der parlamentarische Kampf der Parteien ist Kampf vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft aus. Das Proletariat aber kann nicht vom Boden der Bourgeoisie oder mit ihren Machtmitteln, sondern nur

von seinem eigenen Boden und mit den ihm eigentümlichen Machtmitteln die alte Gesellschaft überwinden. Mehr als durch die Personen und die Zahl der Vertreter im Parlament wird das Verhalten der Bourgeoisie bestimmt durch den Druck der Millionen außerhalb des Parlaments, durch den Druck der Massenheere, die hinter den ins Parlament gesandten Vertretern der Arbeiterklasse stehen. Die Stimmen, über die das Proletariat im Parlament verfügt, sind leicht zum Schweigen zu bringen oder fortzufegen, wenn die Bourgeoisie ihre reale Macht in Bewegung setzt. Nicht so die Massen im Lande, die in ihrer Massenhaftigkeit, in ihrer bloßen Zahl schon, als reale Gewalt wirken.

Trotzdem gibt es sonst ganz vernünftige Leute, die der Zwangsvorstellung verfallen sind, daß der Sieg des Sozialismus sich dadurch zu erfüllen habe, daß im bürgerlichen Parlament die proletarische Partei die Majorität der Mandate gewinnt und dann durch einfachen Mehrheitsbeschluß in Gemütsruhe verfügt, daß die Produktion zu vergesellschaften sei. Diese braven Leute scheinen sich in der Tat einzubilden, daß die Kapitalistenklasse trotz der gewaltigen ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel des Klassenstaates die Hände in den Schoß legen und zusehen wird, wie von Jahrfünft zu Jahrfünft die sozialistischen Stimmen in steigendem Maße wachsen, bis schließlich die Mehrheit über die bürgerlichen Parteien errungen ist, worauf dann die „historische" Abstimmung über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorgenommen werden kann. Anderseits nehmen diese Götzendiener des Parlamentarismus an, daß die proletarischen Massen gewillt sind, die „Vertretung ihrer Interessen", wie es im parlamentarisch-politischen Jargon heißt, in die Hände einiger Dutzend wohlmeinender Vertreter zu legen, die für alles weitere sorgen werden. Die Massen werden inzwischen schlafen gehen, die Decke über die Ohren ziehen und träumen von dem lieblichen Dorado, das ihnen die lieben Vertreter bescheren werden, wenn der Tag der Seligkeit da ist, wenn die Ziffernmehrheit im Parlament errungen ist und der herrliche Beschluß zur Vergesellschaf-

tung der Produktionsmittel gefaßt werden kann. Nur hin und wieder werden die Massen sich erheben, alle fünf Jahre einen Tag; sie werden mit strahlenden Gesichtern zur Wahlurne schreiten, ein bedrucktes oder beschriebenes Stück Papier in die Wahlurnen werfen, mit Behagen feststellen, daß die Zahl der Papierchen sich wieder um ein bedeutendes vermehrt hat und dann weiterschlafen, in dem beruhigenden Bewußtsein, es herrlich weit gebracht zu haben.

Nun besteht dieser ideale Traumzustand leider oder auch glücklicherweise nur in der Phantasie parlamentarischer Götzendiener. Die herrschenden Klassen ebenso wie die beherrschten Massen sind gleich weit davon entfernt, ihr Schicksal ihren respektiven Vertretern zu überlassen und sich sonst um nichts zu kümmern. Sie sind im Gegenteil energisch damit beschäftigt, den Kampf um die Macht außerhalb des Parlaments und aller idealen Dämmerzustände in der Form nackter Klassenkämpfe in der harten und brutalen Wirklichkeit auszufechten, wobei sie es dem Parlament überlassen, nachträglich zu sanktionieren, was sich vorher — eben bei den realen Klassenkämpfen — als Wirklichkeit herausgestellt hat. Für beide Teile ist das Parlament die Börse, auf der die Bilanz der vorangegangenen realen Kämpfe gezogen wird.

So sind *Siege* der proletarischen Klasse im Parlament nur möglich, wo *vorher die Massen selber* handelnd auf den Plan traten und ihr Gewicht der Bourgeoisie die Notwendigkeit vorzunehmender Aenderungen auferlegte. Wo es aber bei großen Fragen zur Aktion der Masse nicht kam, oder wo ihre Bewegung in den ersten Ansätzen stecken blieb, verlief auch die parlamentarische Aktion im Sande. Der *Wahlrechtssturm*, der ein Junkerparlament in ein Bourgeoisieparlament verwandeln und damit dem Proletariat neue Möglichkeiten des Klassenkampfes erobern sollte, führte zwar durch die Massenaktionen im ganzen Reiche zu Verbesserungen in einer Reihe von Einzelstaaten; in der Junkerdomäne Preußen aber ließ er alles beim alten, weil die Massenbewegung,

aus was für Gründen immer, in eine Aktion des Dreiklassenparlaments umschlug, das darüber befinden sollte, ob es sich selbst aufheben wolle oder nicht und das trotz seiner Greisenhaftigkeit so viel gesunden Lebensinstinkt besaß, um das angebotene Harakiri abzulehnen.

Jede Erweiterung des Wahlrechts wie überhaupt der politischen Rechte der Arbeiter ist ein Akt, der in seinen revolutionären Tendenzen nicht im Parlament, nicht in der wachsenden Zahl der proletarischen Vertreter, sondern in der Kräftigung der proletarischen Gesamtbewegung zum Ausdruck kommt. Der Sinn des Parlamentarismus liegt für das Proletariat in der revolutionären Erweckung der gesamten proletarischen Masse. Wenn es Vertreter in die Parlamente wählt, dann in erster Linie nicht, um die kleinen Bissen zu ergattern, die die parlamentarische Mehrheit aus Interesse an der Erhaltung der Ausbeutung dem arbeitenden Volke beschert, sondern um von der Tribüne des Landes aus die Interessenwirtschaft der bestehenden Ordnung aufzudecken, durch die Schärfe der Kritik das Bestehende zu unterwühlen, zu erschüttern, und im Volksbewußtsein zu untergraben, um das Machtgefühl und das Siegesbewußtsein des kämpfenden Proletariats zu erhöhen und den Herrschenden das Machtgefühl zu nehmen, auf dem zum großen Teil ihre Herrschaft ruht.

* * *

Entsprechend den Wandlungen in der modernen Industrie haben auch die Gewerkschaften in Organisation und Taktik ihren Charakter geändert.

Die gewerkschaftliche Organisation beginnt mit den an die alten Zünfte sich anlehnenden Fachvereinen. In dieser Zeit sind die Unternehmer noch isoliert, noch gibt es keine Kartelle und Monopole, keine Beherrschung des Marktes durch einzelne, noch herrscht uneingeschränkt die freie Konkurrenz. So hängt das Gelingen der wirtschaftlichen Aktion der Arbeiter, des Streiks, ab von der Zahl

und Kraft der Organisierten des bestreikten Betriebes, von der Kasse ihrer Gewerkschaft, da letzten Endes jeder Streik auf die Frage hinausläuft, wer von beiden Seiten es am längsten aushält: der Unternehmer, dem die Konkurrenz die Aufträge wegnimmt, oder die Arbeiter mit den ihnen zur Verfügung stehenden Unterstützungsmitteln.

Um im Kampfe gegen die Arbeiter ihre Position zu stärken, schaffen die Unternehmer Verbände, die die Aufgabe haben, während eines Streiks den bestreikten Unternehmer gegen eine Einwirkung auf seinen Kundenkreis durch die Konkurrenz zu schützen. Aber diese Versuche schlagen so lange fehl, wie die winkenden Vorteile den einzelnen Unternehmer veranlassen, das augenblickliche Eigeninteresse über den Vorteil seiner Klasse zu stellen. Erst wenn mit dem Aufkommen der Großunternehmung und des Aktienwesens der freien Konkurrenz bis zu einem gewissen Grade der Boden entzogen ist, erlangen die Uebereinkünfte über das Verhalten der Unternehmer einer vom Streik betroffenen Branche Nachdruck. Der durch die Organisationsbestrebungen der Unternehmer veränderten Situation treten die Arbeiter mit einer entsprechenden Wandelung ihrer Organisationen und ihrer Taktik entgegen. An Stelle der sich an die Zünfte anlehnenden lokalen Fach- und Kampfvereine treten die nach Berufen und Branchen gegliederten Zentralverbände. An die Stelle der lokalen Streiks tritt der Streik gegen die Unternehmerschaft einer Branche in großen Territorien oder im ganzen Lande. Der Tarifvertrag zur Sicherung der Errungenschaften des Streiks und als Waffenstillstand während der Vertragsdauer gewinnt große Bedeutung. Der Vertragsgedanke widerspricht dem Kampfgedanken der Arbeiterbewegung nicht; er steht mit ihm vielmehr im engen Zusammenhang, wie er denn als ein Produkt des Klassenkampfes dem Unternehmertum aufgezwungen werden mußte.

Als dann die Syndizierung und Kartellierung der Industrie, die Zentralisation ganzer Produktionszweige in den Händen kleiner Unternehmergruppen beginnt, schreitet

die Organisation des Proletariats fort zum Industrieverband, der in der Weise entsteht, daß die Zentralverbände die Berufe nach industriellen Gesichtspunkten zusammenzufassen suchen. Aber die verschiedenartige Struktur, die die Rohstoff- und die verarbeitenden Zweige der Industrie aufweisen, erschwert die Entfaltung der industriellen Organisation in ihrer vollen Reinheit. Aufgebaut auf der Voraussetzung bleibender Berufe ihrer Mitglieder, müssen die Zentralverbände bemerken, wie die Grenzen der einzelnen Berufe mehr und mehr ineinander überfließen, wie mehr und mehr Schichten gelernter Handwerker zu ungelernten und angelernten Hilfsarbeitern herabsinken, während auf der anderen Seite die Arbeitsteilung eine Unzahl neuer Kategorien von Spezialarbeitern schafft und sich aus der Verschiedenheit der Lage der der Organisation angeschlossenen Arbeiterschichten neue Schwierigkeiten ergeben.

Da auf dieser Höhe der kapitalistischen Entwicklung die Arbeiterklasse gezwungen ist, der konzentrierten Macht des Kapitals eine eigene starke Machtkonzentration entgegenzustellen, können hier die Berufsverbände nur zersplitternd wirken, wofür die Kämpfe der deutschen Werftarbeiter ein sprechendes Beispiel bieten. Die Folge ist die Zurückdrängung der Arbeiterorganisationen gerade in den führenden Industrien und Betrieben, was naturgemäß besonders dort klar in Erscheinung tritt, wo die rein berufliche Form der Organisation sich am längsten erhalten hat: im nordamerikanischen Arbeiterbund. Aus der gesamten Großindustrie, mit Ausnahme der Bergwerke und Brauindustrie, wo Industrieverbände erstanden, ist die auf dem Berufsverband aufgebaute American Federation of Labor in demselben Maße hinausgeworfen worden, in dem die Trusts ihren Einzug hielten. Stahltrust, Brottrust, Fleischtrust, Wolltrust und die anderen alle, haben es verstanden, die Organisationen in ihren Betrieben vollständig zu zertrümmern. Die Federation wurde auf die mittleren und kleinen Betriebe zurückgedrängt, und in den Fabriken der Trusts hatte das Koalitionsrecht der Arbeiter praktisch aufgehört zu existieren.

In Deutschland, wo die Monopole im Inlande die gleiche Wirkung zeitigen wie in Nordamerika die Trusts, macht die Arbeiterklasse entsprechende Erfahrungen. Die Staatsbetriebe haben es verstanden, durch eigens für sie geschaffene Gesetze, das Koalitionsrecht der Arbeiter aufzuheben. Der Kanonenmonopolist Krupp hat das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht der Arbeiter bis auf den heutigen Tag illusorisch machen können. In den übrigen Monopolbetrieben, speziell in den Häfen und auf den Werften, wird planmäßig darauf hingearbeitet, die Organisationen niederzuhalten, sie, wenn irgend möglich, ganz auszuschalten. Die Aussperrung wird zu diesem Zweck systematisch angewandt. Die seit einigen Jahren lebhaft betriebene Hetze zur Errichtung gesetzlicher Einschränkungen des Koalitionsrechts findet ihren kraftvollsten Stützpunkt in den großen Monopolen, die mit ihrem Gelde mehr oder minder alle bürgerlichen Parteien beeinflussen. Was in Nordamerika erreicht wird durch die Bewaffnung von „Spezialpolizisten" gegen die Streiker, leisten in Deutschland gewisse in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis hervorgetretene Tendenzen, die in ihren Ergebnissen zu einer völligen Verkümmerung der Rechte streikender Arbeiter geführt haben.

Wie die lokalen Fachvereine eine historisch gewordene und historisch bedingte Form der proletarischen Organisation waren und mit der gesellschaftlichen Weiterentwicklung verschwanden, so können auch die heutigen Zentralverbände in ihrer Zwitterstellung zwischen Berufs- und Industrieorganisationen nicht den endgültigen Abschluß der notwendigen und stetigen Weiterentwicklung der proletarischen Organisationen bedeuten. In welcher Richtung die Weiterentwicklung der Organisationsform sich vollziehen wird, kann keinem Zweifel unterliegen. Da in Klein- und Mittelbetrieben die Arbeiter ihre Forderungen gegen die Unternehmer leichter durchsetzen können als in den Großbetrieben, wirkt der proletarische Klassenkampf selbst fördernd auf die Konzentration der Gewerbe zu Riesenbetrieben, die für die Produktion ausschlaggebend werden, hin. Damit werden ausschlaggebend für die gewerkschaftliche Organisation die

sich aus den Riesenbetrieben für die Arbeiter ergebenden Notwendigkeiten. Bei den Bergarbeitern ist der berufliche Zentralverband fast automatisch in den reinen Industrieverband umgeschlagen; in den Staatsbetrieben, den höchsten Industrie- und Verkehrsmonopolen, hat sich die Organisation der Arbeiter nur in den Formen des reinen Industrieverbandes als möglich erwiesen. Die Unternehmer in den Riesenbetrieben haben in ihrer Bekämpfung der Gewerkschaften zu den verschiedensten Praktiken gegriffen: sie versuchen durch ein ausgebildetes Prämien- und Unterstützungssystem, durch die Kasernierung an den Arbeitsplätzen, durch Schaffung von Konsum- und Geselligkeitsvereinen die Arbeiter an die Betriebe zu ketten — sie stellen zur Diskreditierung eines an sich gesunden Organisationsprinzips dem auf beruflicher Grundlage aufgebauten Zentralverband in ihren gelben Vereinen das Prinzip der Betriebsorganisation entgegen.

Der Form der monopolisierten Industrie entspricht auf seiten der Arbeiter *der reine Industrieverband auf der Grundlage der Betriebsorganisation*. Alle Arbeitergruppen, die in einer bestimmten Industrie arbeiten, müssen miteinander verbunden sein, kooperativ in allen Fragen des Arbeitsprozesses zusammenwirken und in eine gemeinsame Spitze auslaufen. Will zudem die Arbeiterklasse das private Unternehmertum im Besitz der Produktionsmittel ablösen, so muß sie eine Organisation besitzen, die der Form der modernen Industrie entspricht und die bereits in der alten Gesellschaft den Keim für die kommende schafft. Der industrielle Verband mit straffer Zentralisation ist die Organisationsform, die es dem Proletariat ermöglichen wird, die Industrien zu übernehmen. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des reinen Industrieverbandes hat sich schon weit durchgesetzt. Der *österreichische Gewerkschaftskongreß* von 1907 nahm eine Resolution an, die die Notwendigkeit der Unterordnung der gelernten Arbeiter unter die ungelernten gerade in den Riesenbetrieben anerkannte. Er erklärte „zum Zwecke der einheitlichen Führung der Lohnkämpfe die Betriebsorganisation als eine höhere Organi-

sationsform innerhalb der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen jener Industrien und Gewerbe, deren Betriebe eine gewisse Einheitlichkeit und Geschlossenheit aufweisen". Lohnbewegungen jeder Art von Arbeitern sollten im Einvernehmen mit den vorkommenden Organisationen beraten und beschlossen, Kollektivverträge möglichst einheitlich für den ganzen Betrieb, und zwar von der Hauptberufsorganisation im Einverständnis mit den Organisationen der Hilfsgewerbe abgeschlossen werden. „Die einzelnen Gewerbe, deren Arbeiter in der Minderheit sind, werden auch dann als Hilfsgewerbe bezeichnet, wenn diese Arbeiter zusammen die Mehrheit in dem Betriebe bilden sollten."

Erst diese Organisationsform macht es möglich, die ungeheuren Massen der Ungelernten und der einwandernden Saisonarbeiter organisatorisch zu erfassen, der Ausbreitung der gelben Gewerkschaften wirksam entgegenzutreten. Daß in dem industriell höchst entwickelten Lande, in den Vereinigten Staaten, die American Federation of Labor sich grundsätzlich den Forderungen der industriellen Situation verschloß, hat dort zu der scharfen Rivalität zwischen der alten eingesessenen Gewerkschaftsorganisation und neu aufkommenden Sonderorganisationen der Ungelernten geführt, den Gegensatz zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern verschärft und es den Unternehmern in mehr als einem Falle gestattet, die Organisationen gegeneinander auszuspielen, durch Vermittlung von Berufsorganisationen der Federation in großen Streiks den Ungelernten in den Rücken zu fallen, ihre Aktion zu hemmen oder gar ihren Streik zu brechen. Ebenso haben die Ungelernten aus ihren Sonderaktionen nicht die gebührenden Erfolge ziehen und sie besonders organisatorisch nicht genügend ausnützen können, weil die Zersplitterung der amerikanischen Arbeiterbewegung die organisatorische Kraft der ganzen Klasse lähmte.

Der politische Streik.

Das industrielle Monopol, die Zentralisation ganzer Produktionszweige, setzt an Stelle der bunten Mannigfaltigkeit der gesellschaftlichen Wirtschaft die einheitliche internationale Form der industriellen Großbetriebe. Die Entwicklung ist im wesentlichen überall die gleiche. Sie setzt ein mit der Regelung der Preise der in selbständigen Einzelbetrieben hergestellten Produkte; sie gelangt über die Festsetzung der Produktionsmengen zum gemeinsamen Verkaufsbureau; sie besorgt die Verteilung der erzielten Profite nach einem vorher festgelegten Plan auf die Gesamtheit der Beteiligten und den gemeinsamen Einkauf der Rohmaterialien und führt schließlich zu Eingriffen in die technische Selbständigkeit der Einzelbetriebe, „Schlecht ausgestattete Betriebe können stillgelegt werden, Betriebe für bestimmte Produkte spezialisiert werden, für die sie, sei es durch ihre technische Einrichtung, sei es durch ihre günstige Lage zu den Absatzgebieten besonders bevorzugt sind."

Die Zentralisation von Produktionszweigen beginnt in der Rohstoffindustrie, weil Bodenschätze nicht beliebig vermehrt werden können und ihre Besitzer daher von Anbeginn über ein natürliches Monopol verfügen. Dort auch beginnt die Territorialisierung der Industrie, das Zusammendrängen von Industriezweigen in bestimmten Gegenden. Wie vielfach die verarbeitende Industrie ihre Fabriken möglichst in die Nähe der Rohstoffgebiete zu legen sucht, so verarbeiten die Rohstoffwerke ihre Nebenprodukte gleichfalls in eigenen nahegelegenen Fabriken und sind darauf bedacht, verwandte Industrien ihren Werken anzugliedern. Ein charakteristisches Beispiel hierfür bietet die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, die auf der engen Verbindung von Kohlenbergbau, Hüttenwerken und Eisenwerken beruht. Stark in der Richtung der Territorialisierung wirken auch die Zentren des gesellschaftlichen Konsums, die Großstädte.

Die industriellen Monopole beeinflussen in hohem Grade die Entwicklung in Handel und Verkehrswesen. Der gewaltige Ausbau des Verkehrswesens in der Gegenwart ist durch die Entstehung der Monopole überhaupt erst ermöglicht worden, wie die Monopole durch Ausschaltung des Zwischenhandels und eigene Organisation des Absatzes ihrer Produkte den machtvollsten Antrieb zur Zentralisation des Handels gegeben haben. Die Konzentration im Bankwesen war gleichfalls eine Folge der Entfaltung der Monopole. Die Existenz großer Kartelle setzt die Existenz großer Banken voraus, die imstande sind, den oft sprunghaft gesteigerten Geldbedarf der großen Unternehmungen zu decken. Bei Neuanlage von Riesenwerken ist die Vermittlung der Großbanken unerläßlich. So entsteht die enge Interessengemeinschaft zwischen Industrie-, Handels- und Verkehrskapital auf der einen und dem Bankkapital auf der anderen Seite, die in steigendem Maße zur Abhängigkeit des Industriekapitals vom Bankkapital führt. Dies bedeutet jedoch nicht etwa vermehrte Abhängigkeit der Großindustriellen von den Bankiers, sondern gelangt darin zum Ausdruck, daß der gleiche Kreis von Kapitalmagnaten die Industrie und die Banken und dadurch das gesamte nationale Kapital beherrscht. Diese Herrschaft macht die Kapitalmagnaten zu Herren der Politik ihres Staates, der ja im Wesen nichts anderes ist als die Organisation zur Wahrung der Interessen des heimischen Kapitals. Jede wirtschaftliche Reibung im Auslande zwischen den Kartellmagnaten der verschiedenen Nationen wird dadurch zu einer Sache des ganzen nationalen Kapitals, wird dadurch zu einer Sache des Staates, führt dadurch zum politischen Konflikt.

Mit dem industriellen Monopol wächst der Kapitalismus über den Rahmen der heimischen Volkswirtschaft und des Nationalstaates hinaus. Wohl hat das Kapital schon früher und in beständig steigendem Maße Waren — Rohstoffe wie Fabrikate — auf dem Weltmarkt gehandelt, und der heimischen Industrie genügte schon lange nicht mehr die Rohstoffproduktion des heimischen Bodens. Aber wenn auch der internationale Austausch Waren aus allen Gegen-

den der Welt in alle Länder vermittelte, so lag doch das Schwergewicht der Tätigkeit des Kapitals in der kapitalistischen Revolutionierung der heimischen Produktion. Das Aufkommen der Kartelle griff nach der Beseitigung der freien Konkurrenz im eigenen Lande ein in die freie Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Es führte zur Hochhaltung der Preise im Inland, um auf dem Weltmarkt die Preise der ausländischen Konkurrenz zu unterbieten. Während so in den Händen der Kapitalmagnaten steigende Mengen von Profiten zusammenflossen, verminderte sich durch die Regelung der Produktion der Spielraum des Kapitals im Inlande, so daß die Anlage neuer Unternehmungen immer schwieriger wurde. Damit aber wuchs der Drang, das überschüssige Kapital in anderen Ländern unterzubringen. Ist die Notwendigkeit des Kapitalexports einmal gegeben, so wird es in bestimmten Fällen vorteilhaft, das Kapital nicht in der Geldform, sondern als produktives Kapital, in der Form von Produktionsmitteln, zu exportieren. Gleichzeitig verschlingt die Industrie immer wachsende Massen von Rohstoffen, während ihre Versorgung immer schwieriger wird, je mehr Rohstoffländer ihrerseits zur Entwicklung von Industrien übergehen. Bei der engen Verbindung, die zwischen allen Zweigen der Industrie eines Landes besteht, hat jedes nationale Gesamtkapital ein Interesse daran, die Rohstoffbedürfnisse der heimischen Industrie, wie auch die ununterbrochene Fortdauer des Kapitalexports sicherzustellen.

Das nationale Kapital und damit die nationale Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Existenz des Weltkapitals, das sich auf dem Weltmarkte als die Konkurrenz der nationalen Kapitale untereinander darstellt. Da somit der Nationalstaat die Grundlage des Kapitalismus und die reinste Form der bürgerlichen Produktionsweise ist, da ohne das nationale Kapital kein Weltkapital existiert, bedeutet die Ueberwindung des Nationalstaates unter Beibehaltung der bürgerlichen Produktionsform einen Widerspruch in sich selbst. Aber das industrielle Monopol drängt zum Kapitalexport. Das Kapital wird nicht nur bodenständig in fremden Gebieten, die Anlagen

dort werden unlösbare, für den Bestand und die Zirkulation des nationalen Kapitals unentbehrliche Teile. Ihr Verlust würde nicht allein eine Hemmung der nationalen Produktion bedeuten, sondern zugleich die Unmöglichkeit ergeben, daß das nationale Kapital sich im internationalen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt behaupten kann. Hieraus ergibt sich für die großkapitalistische Wirtschaft die absolute Notwendigkeit, die Gebiete, nach denen sich der Kapitalexport erstreckt, und die dort neu zu entwickelnde Rohstoffproduktion dem nationalen Kapital zu sichern, diese Gebiete dem Nationalstaat anzugliedern und ihn somit zu überwinden, über ihn hinauszugehen. Der Kapitalismus sucht den sich hieraus ergebenden Widerspruch zu lösen durch den Imperialismus. Er will das weite, geschlossene Wirtschaftsgebiet unter Aufrechterhaltung der politischen Form des Nationalstaates verwirklichen, wobei der industrielle Großstaat die Herrschaft — das Imperium — haben soll über das ganze Gebiet.

Dieser imperialistische Drang ist am stärksten entwickelt bei den mittel- und westeuropäischen Staaten. Sie sind nicht nur die — neben den Vereinigten Staaten — kapitalistisch am weitesten fortgeschrittenen Länder, sie verfügen auch, mit Ausnahme Englands, dessen Besitz jedoch noch kein einheitliches Imperium darstellt, im Verhältnis zu ihrem gewaltigen Bedarf über viel zu geringe Mengen von Rohstoffen im eigenen Lande. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt, daß die einzelnen Staaten West- und Mitteleuropas, verglichen mit dem gewaltigen Gebiete der nordamerikanischen Union, Rußlands, Chinas, dem überseeischen Besitz Groß-Britanniens, Kleinstaaten darstellen. Der Drang nach territorialer Ausweitung ist ein natürliches Verlangen des kapitalistischen Frankreich, Deutschland, Oesterreich und Italien. Das Ziel der deutschen Imperialisten ist die Zusammenfassung von Deutschland, Oesterreich, dem Balkan und der asiatischen Türkei unter Einbeziehung von Dänemark, Skandinavien, Holland, Belgien, der Schweiz und wenn möglich auch Italiens zu einem großen Imperium unter deutscher Führung. Daneben wünschen sie — be-

scheiden wie sie sind — einen geschlossenen Kolonialbesitz, der Zentral- und Südwestafrika, einschließlich des portugiesischen Angola, umfassen soll, dazu, wenn irgend möglich die Vorherrschaft in Südafrika und das portugiesische Mozambique, sowie die Herrschaft über den Indischen Ozean.

Wie stellt sich das Proletariat zu dieser Entwicklung? Es erkennt in der Nation ein dem Wechsel unterworfenes Produkt der historischen Entwicklung. Selbst die unabänderlich und starr erscheinenden Kultur- und Sprachgruppen der Völker und Rassen sind keine festen, sich gleichbleibenden Gebilde, sondern in beständigem Fluß mit fortgesetzt sich ändernden und verschiebenden Grenzen. Teile der Polen und Juden, die Reste der Indianer, Angehörige fast aller Kulturvölker der Erde gehen völlig auf in andere Nationen; aus einem Gemisch aller Kulturvölker bildet sich zum ästhetischen Mißbehagen etlicher urteutscher Sozialdemokraten die amerikanische Nation mit einem eigenen, keiner anderen Nation gleichen Typus; von dem Tage an, an dem Japan — was nur eine Frage der Zeit ist — die australischen Küstengebiete besetzt, werden die jetzt dort ansässigen Angehörigen der britischen Nation und angelsächsischen Rasse aufgehört haben, politisch und bald darauf auch sprachlich zu bestehen. Solche Beispiele ließen sich in beliebiger Menge angeben.

Das Proletariat erkennt den Widerspruch, der darin liegt, daß der bürgerliche Nationalstaat für die hoch entwickelte Wirtschaft schon zu eng geworden ist, daß er aber dennoch aufrechterhalten werden soll durch Angliederung und Einbeziehung fremder Länder. Wie es sich gegen jede Zertrümmerung nationaler Wirtschaftsgebiete verwahrt, so unterstützt es jede Entwicklung der Wirtschaft zu höheren Formen, zu einem besser ausgebauten Organismus. Der nationale Imperialismus ist das natürliche Produkt der Ausbeutungsfunktion einer hoch entwickelten Wirtschaft; das Proletariat stellt ihm das natürliche Produkt der Lebensfunktion der hoch entwickelten Wirtschaft: ihre Tendenzen zur Vergesellschaftung gegen-

über. Ist der Imperialismus die Verewigung des bürgerlichen Nationalstaates und damit die Verewigung des nationalen Kapitals, der Konkurrenz der nationalen Kapitale untereinander, des Weltkapitals und des Weltkrieges, so verlangt das Proletariat die Aufhebung der bürgerlichen Herrschaft und Produktionsform und damit die Aufhebung des bürgerlichen Nationalstaates, des nationalen und des Weltkapitals und damit des Weltkrieges. Es sieht die Voraussetzungen für die Verwirklichung seines Programms durch die Entwicklung der Industrien in den kapitalistischen Staaten der Welt gegeben. Indem die nationalen Kapitale der Industriestaaten über den Rahmen ihrer Grenzen hinauswuchsen, hörten diese Grenzen auf, eine wirtschaftliche Notwendigkeit zu sein.

Die Verschmelzung der mittel- und westeuropäischen Staaten auf demokratisch-republikanischer Grundlage zu einer großen Wirtschaftsgemeinschaft ist der nächste Schritt zu diesem Ziele und daher die nächste Forderung des Proletariats. Jedoch ihre Verwirklichung scheitert, solange die Bourgeoisie besteht, an den speziellen Ausbeutungsinteressen der nationalen Kapitalistengruppen der verschiedenen Länder, und das Proletariat hat deshalb mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Bourgeoisie ihr imperialistisches Programm ganz oder zum Teil durchsetzt. Das Proletariat wird es auch in diesem Falle ablehnen, die Ausbeutungsinteressen der nationalen Bourgeoisie in irgend einem Punkte zu fördern. Es wird sich aber vorbehalten, in dem von der Bourgeoisie geschaffenen Wirtschaftsgebiet dahin zu wirken, daß allen angeschlossenen Völkern ihr volles Selbstbestimmungsrecht gewährleistet und in ihren politischen Verfassungen die Forderungen der Demokratie in vollem Umfange verwirklicht werden. Es wird weiter seine Aufgabe darin erblicken, gerade die angeschlossenen Völker in seinen Kampf gegen seine Bourgeoisie und seinen Kampf gegen die Bourgeoisien der übrigen Länder hineinzuziehen, in den arbeitenden Klassen der angeschlossenen Völker alle die Tendenzen zu entwickeln, die dazu berufen sind, die kapita-

listische Wirtschaftsordnung aufzuheben und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder auf eine feste organisatorische Grundlage zu stellen.

* * *

In einer Industrie, in der Großbetriebe und Kartelle sich durchgesetzt haben, herrscht das Unternehmertum mit absoluter Gewalt, unbehindert durch Verträge, die es jeden Augenblick zerreißen, unbehindert durch Arbeiterorganisationen, die es jeden Augenblick zur Seite schieben, wenn nicht zertrümmern kann. Sein Monopol an den Produktionsmitteln und seine Versippung mit der Staatsgewalt, die jederzeit bereit ist, für seine Interessen in Aktion zu treten, machen — zum mindesten in der schweren Industrie — unter den alten Existenzformen der Arbeiterorganisationen und nach den Grundsätzen der alten Taktik jeden Streik fast aussichtslos, zwingen die Leiter der Organisationen, um den Streik zu vermeiden, zu einer Taktik der Verhandlungen, auch wenn die bestehenden Verträge von den Unternehmern hundertfach durchlöchert sind, lähmen damit die Stoßkraft der beruflich zersplitterten Arbeiter gerade in den höchst entwickelten und machtvollsten Industrien und hemmen damit die proletarische Gesamtbewegung. Selbst wo die Tarifverträge fest eingewurzelt sind, wie in der deutschen Bauindustrie, läuft die Taktik des Unternehmertums mit Erfolg darauf hinaus, aus dem Tarifvertrag eine Waffe des Kapitals wider die Arbeiterschaft zu machen, woraus sich zum nicht geringen Teil das Drängen des Unternehmertums nach zentralen Verträgen erklärt. In England und Nordamerika ist der Tarifvertrag in weitem Maße zu einer Handhabe der Kapitalinteressen wider die Gewerkschaften geworden, und die außerordentlich große und verzweigte Bureaukratie der dortigen Gewerkschaften erwies sich als ein vorzügliches Mittel hierzu.

In der Periode der freien Konkurrenz und noch zur Zeit der Entwicklung der Monopole, zur Zeit also, in der noch das nationale Kapital die nationale Produktion erobert, in der der kapitalistische Staat noch im Aufstieg befindlich, seine Ueberwindung und die Ueberwindung des Kapitals noch nicht möglich ist, sind die Streiks notwendig Teilkämpfe, die sich praktisch nicht gegen die kapitalistische Klasse, sondern nur gegen einzelne ihrer Gruppen richten, dienen die Kämpfe praktisch der Vermehrung des Nahrungsspielraums einzelner Arbeiterschichten, sind sie praktisch notwendig reformistischer Natur. Doch die Ausbreitung der Monopole, ihre immer stärker hervortretende Beherrschung des Staates und der ganzen inneren Produktion, die Ausbreitung der nationalen Produktion über die Grenzen des nationalen Staates hinaus, zeigt, daß die rein gewerkschaftliche Aktion der Arbeiter zur erfolgreichen Durchführung der Streiks immer weniger genügt. Mit den Kämpfen gegen die großen Monopole scheidet die ausschlaggebende Bedeutung der Geldfrage für die Gewerkschaften aus, da an ein Weißbluten der die Industrie und den Markt beherrschenden Monopole nicht zu denken ist, die Kapitalmagnaten dagegen ohne großes Risiko auch die kapitalkräftigsten Gewerkschaften weißbluten könnten, um dann die erlittenen Verluste durch eine Steigerung der Preise wieder einzubringen, eine Möglichkeit, die besonders den den Weltmarkt beherrschenden amerikanischen Trusts die Kraft zur Zertrümmerung der stärksten amerikanischen Verbände und zu ihrer völligen Ausschaltung in den Trustbetrieben gegeben hat. Hier scheint in der Tat jeder Streik von vornherein verloren. Aber die Aenderung in der Taktik der Arbeitermassen in den amerikanischen Trustfabriken, wie sie bei den großen Bergarbeiterstreiks und den Kämpfen der ungelernten Massen der Textil- und Stahlindustrie seit einigen Jahren zum Ausdruck kommt, hat die Frage schon klar gestellt: Geld gegen Masse, Bourgeoisie gegen Proletariat. Mit jedem wirtschaftlichen Massenstreik entsteht hier eine revolutionäre Situation, und Sieg oder Niederlage der Streiker hängt davon ab, wie weit *die gesamte Masse des Proletariats* von der revolutionären Gärung erfaßt wird. Soweit die industrielle Entwicklung

und die Macht der Unternehmer gegen die Arbeiter in Frage kommt, ist aber Nordamerika nur das Spiegelbild der kommenden Entwicklung Deutschlands.

Wie die Aktionen der Arbeiterschaft der großen Industrie zurückwirken auf die Lage der Arbeiter in den kleinen und Mittelbetrieben, so muß jenen Arbeiterschichten auch der ausschlaggebende Einfluß auf die Lohnpolitik und die Taktik der Verbände, muß ihnen das Selbstbestimmungsrecht zum Streik eingeräumt werden, ohne weitgehende Rücksichtnahme auf die Lage der Industrie in den Klein- und Mittelbetrieben. Wie der Streik der Zukunft nicht gewonnen werden kann durch die finanzielle Kraft des einzelnen Verbandes und die Unterstützung der Streiker wesentlich darin bestehen wird, daß die Arbeiterklasse des ganzen Landes den Streik zu ihrer eigenen Angelegenheit macht und ihn zu fördern sucht durch Einwirkung auf die Staatsgewalt, die die Großunternehmer zum Einlenken zu veranlassen hat, so wird auch die finanzielle Hilfe für die im Streik stehenden Schichten nicht mehr eine Angelegenheit der einzelnen Gewerkschaft, sondern der ganzen straff zentralisierten Klassenorganisation. Die finanzielle Unterstützung kann zwar und soll den Streikern die Kraft zum Aushalten geben, kann aber nicht mehr ausschlaggebend sein für die Gewinnung des Streiks.

So wenig es der Bourgeoisie beigefallen ist, den Feudalismus zu besiegen mit seinem Machtelement, mit seinem Grund und Boden, sondern wie sie siegte mit ihrem Machtelement, mit ihrem Geld, so kann das Proletariat nicht die Bourgeoisie besiegen mit ihrem Gelde, sondern nur mit seiner Masse. Das Geld des Proletariats ist nur ein winziger Bruchteil des Goldstromes, dessen Lauf die Bourgeoisie leitet, nur ein kleines Ueberbleibsel des Lohnfonds, den die Bourgeoisie dem Proletariat zuweist. Das Geld des Proletariats ruht in den Banken und wird von der Bourgeoisie zur weiteren Ausbeutung und Niederhaltung des Proletariats benutzt. Es würde der Bourgeoisie in großen Kämpfen wenig Schwierigkeit bereiten, den proletarischen Hilfsfonds durch gesetzliche oder ungesetzliche Gewalt, durch Aushungerung oder Beschlagnahme zu

eskamotieren. Die Masse dagegen, über die das Proletariat verfügt, ist das Proletariat selbst, ist der Faktor, auf dem die Wirtschaft ruht. Er kann nicht ausgeschaltet werden, ohne daß die Wirtschaft zusammenbricht, er kann geschwächt, aber nicht beseitigt werden.

Mit dem Kampf gegen die großen Monopole schlägt die wirtschaftliche Aktion des Proletariats um in die politische. Die Beherrschung der gesamten Wirtschaft durch die Monopole macht den Streik gegen diese zu einer Sache der gesamten Arbeiterklasse des Landes, die Herrschaft der Monopole über den Staat richtet die Spitze des proletarischen Kampfes gegen diesen. Wie der Streik auf dieser Basis nur gewonnen werden kann durch die Aufrüttelung auch der nicht unmittelbar an ihm beteiligten Arbeitermassen im Lande, so wird der Schwerpunkt der organisatorischen Tätigkeit während des Streiks verlegt aus den Streikergruppen in die Arbeit zur Aufrüttelung der Massen im Lande, die ihre Forderungen an den Staat selber stellen. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktion wird auf das politische Gebiet verschoben; die wirtschaftliche Teilaktion wird zur politischen Aktion der ganzen Klasse und richtet sich gegen die politische Macht der Unternehmerklasse.

* * *

Wenn die Monopole das Eingreifen der Staatsgewalt verlangen und durchsetzen gegen die Arbeiter, so kehren die Arbeiter den Gedanken der staatlichen Intervention um in ein Eingreifen zugunsten der Arbeiterschaft. Sie verkennen nicht, daß es dem Klassenstaat nicht einfallen kann, für die Arbeiterschaft Partei zu nehmen ihrer selbst willen oder im Namen der Gerechtigkeit, sondern daß er nur eingreifen wird, wenn unzweideutig zutage tritt, daß eine Bewilligung der strittigen Forderungen streikender Arbeiter das kleinere Uebel ist gegenüber den Konsequenzen, die eine Verlängerung und

Verschärfung oder eine Erneuerung des Konfliktes für die Kapitalisten als Klasse nach sich ziehen müßte. Während im Mansfelder Bergarbeiterstreik 1909 die deutsche Regierung Maschinengewehre auffahren ließ gegen die Streiker und dieses Verfahren wagen konnte, weil der Streik keine revolutionäre Erregung in der deutschen Arbeiterklasse auslöste, mußte die englische Regierung eingreifen in die Streiks der Berg- und Transportarbeiter von 1912, weil sie die Wirtschaft des ganzen Landes erschütterten und die gesamte Arbeiterklasse Englands in Wallung brachten. So sah sich das Unterhaus widerstrebend gezwungen, seine Zustimmung zu geben zu der Einführung des Prinzips, daß die Festsetzung von Minimallöhnen eine Sache öffentlich-rechtlicher Vereinbarung unter Mitwirkung der Staatsgewalt sei. In Nordamerika hat — namentlich bei großen Bergarbeiterstreiks — die Erregung der Massen im Lande verschiedentlich die Bundesregierung veranlaßt, den Unternehmern mit der Verstaatlichung ihrer Werke zu drohen, wenn sie nicht zu einer Einigung mit ihrer Arbeiterschaft kämen.

Wie wirtschaftliche Kämpfe die Veranlassung werden können zur Verstaatlichung von Betrieben, so wird weit mehr noch der Verstaatlichung und Kommunalisierung der Boden bereitet durch den steigenden Geldbedarf der Staaten und Kommunen. Die Arbeiterklasse muß sich deshalb darüber klar werden, wie sie sich zu dieser Frage zu stellen hat. Kommunalisierung und Verstaatlichung zerstören die Form des privaten Eigentums und ersetzen es durch Kollektivbesitz. Indem sie über die alte Form des Kapitalismus hinausgehen, erweitern sie diesen zum Kommunal- und Staatskapitalismus. Die Verstaatlichung kann, wenn sie wichtige Verkehrsinteressen oder Bedarfsartikel der Kontrolle geldgieriger Privatmonopolisten entreißt und den Betrieb der öffentlichen Kontrolle unterstellt, dem Arbeiter als Konsument, Produzent und Staatsbürger Vorteile bringen, sie kann in anderen Fällen aber auch die Organisation der Arbeiterklasse und ihre gesellschaftliche Bewegung hemmen. Die Verstaatlichung kann als Notwendigkeit erscheinen im Interesse des von der

Uebermacht der Großunternehmer erdrückten Klein- und Mittelbesitzes und liegt dann wesentlich im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft, die durch ein zu rapides Anwachsen der Privatmonopole und durch das damit verbundene rasche Verschwinden der Mittelschichten gefährdet würde. Deshalb ist es eine Frage des konkreten Falles, ob die Arbeiterschaft eines Landes der Verstaatlichung zustimmt oder sie verlangt; wo große Streiks und die Unnachgiebigkeit der Großunternehmer die Regierung auf den Weg der Verstaatlichung der Werke drängen, um einer wachsenden revolutionären Gärung den Boden zu entziehen, wird die Arbeiterklasse ihre Einwilligung davon abhängig machen, welche Garantien die Regierung für die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts und der politischen Rechte der Arbeiter zu geben in der Lage ist. Auf erhebliche Schwierigkeiten stößt das Programm der Verstaatlichung nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern ebenso für die Besitzenden, da, wo eine vertrustete oder kartellierte Industrie schon über den Rahmen des Staates, von dem aus sie ihren Ausgang nahm, hinausgewachsen ist und auch die Industrie anderer Länder ergriffen hat. Wenn ein in der nordamerikanischen Union begründeter Trust heute schon ganze Industrien in Europa beherrscht, so würde die Verstaatlichung der in Nordamerika gelegenen Werke die Zerschlagung dieser internationalen Organisation der Produktionsmittel bedeuten, in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht reaktionär wirken und zudem zu schweren Konflikten mit anderen Ländern führen. Nicht die Zerschlagung und Verstaatlichung der einzelnen Teile, sondern nur die internationale Vergesellschaftung bildet hier die im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts gelegene Lösung des Problems, eine Lösung, zu der die Bourgeoisie aber unfähig ist wegen ihres Interesses an der Erhaltung der nationalen Staaten, während die internationale Vergesellschaftung zur Vorbedingung hat das Einreißen der Grenzen zwischen den in Frage kommenden Ländern. So treibt wiederum hier das Wachstum der Produktionsmittel über den Rahmen des Staates und

damit über den Rahmen der politischen Herrschaftsbedingungen der Bourgeoisie hinaus zum Kampf um die Aufhebung einer Wirtschaftsordnung, die mit den Bedürfnissen der Produktion unvereinbar geworden ist. Mag in Fällen, in denen die Internationalisierung der Produktion noch nicht soweit gediehen ist, das Proletariat selbst die Verstaatlichung fordern oder sich in anderen Fällen mit ihr abfinden, aus dem Kampf gegen die Kartelle und Trusts um Intervention der Staatsgewalt erwächst unmittelbar die Forderung nach der Beseitigung der Staatsgrenzen, nach der Aufhebung der bürgerlichen Staatsgewalt und nach der wirtschaftlichen und politischen Vereinigung der Industrieländer.

Es gibt noch immer Leute, die sich der Hoffnung hingeben, daß diese ihnen unerwünschte Entwicklung dadurch aufgehoben wird, daß durch den Besitz kleiner Industrieaktien, wie in England und Amerika, kleiner Sparguthaben, wie in anderen Ländern, die Arbeiterklasse selbst an dem Bestand der kapitalistischen Gesellschaft interessiert werde. Diese Hoffnung ist jedoch eine reine Utopie und beruht auf dem Trugschluß, daß durch den kleinen Besitz die Arbeiterschaft auch zur Mitbestimmung über die Verwendung der Produktionsmittel gelangt und damit durch ihren Besitz ein Gegengewicht gegen die wirtschaftliche Macht der Großfinanz schafft. In Wahrheit jedoch vermehren die kleinen Besitztitel der Volksmassen nur die Macht der Großfinanz, die nicht darauf beruht, daß sie etwa das gesamte Kapital der Nation besäße, sondern darauf, daß sie es beherrscht. In den Banken und der Großindustrie ist das nationale Kapital organisiert, und Herren über dieses Kapital sind die Männer, die die Hebel der finanziellen Organisation in der Hand haben, während der Wille der zahllosen kleinen Einzelbesitzer für die Verwendung der Kapitalorganisation genau so bedeutungslos ist, wie etwa der Wille zahlloser Einzelsoldaten für den Verwendungszweck eines Heeres. Wie die organisierte Macht der Armee über den einzelnen Soldaten einfach verfügt, ohne sich irgendwie hineinreden zu lassen, so verfügt diktatorisch die

Kapitalorganisation über die zahllosen Besitztitel der „kleinen Leute" und überweist ihnen ihre Zinsen und Dividenden, wie die Armee dem Soldaten die Löhnung. Zur absoluten Kontrolle der Riesenunternehmungen bedarf es in Amerika, wo das Aktienwesen und der Massenbesitz kleiner Aktien am weitesten vorgeschritten ist, gar nicht etwa des Besitzes der Mehrheit der Aktien, so wenig wie in Deutschland ein Bankkonzern, um über die Gesamtheit der Mittel absolut verfügen zu können, dazu die Mehrheit der vorhandenen Mittel selbst zu besitzen braucht. In Amerika genügten, wie kürzlich eine amtliche Untersuchung festgestellt hat, schon zehn Prozent der Aktien, um einer Gruppe von Bankiers die Kontrolle über eine Eisenbahnlinie zu sichern. Eine der größten amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaften hat 14 Millionen Policen im Umlauf. Die Policenbesitzer haben formell als Aktienbesitzer ein Mitbestimmungsrecht. „Wenn man die 14 Millionen Policenbesitzer stimmen lassen wollte, würde es 200 000 Dollars kosten, um eine Liste der Namen aufzustellen, und 300 000 Dollars, um ihnen die Zirkulare zuzustellen." So ist in dem auf kleinen Aktien aufgebauten Unternehmen das Uebergewicht der Bankkonzerne noch bedeutender als in der großen Industrie. Die Aktien und Sparguthaben sind nur das Mittel, den Gesamtbesitz der kleinen Leute in die Hände der Finanzmagnaten zu bringen, um gleichfalls zur Ausbeutung der Arbeiterklasse im größten Maßstabe zu dienen. Durch die Rücksicht auf ihre kleinen Guthaben und die Ausbeutungsinteressen der Kapitalmagnaten also werden sich die Arbeiter nicht hindern lassen, die Mittel in Anwendung zu bringen, die zur Aufhebung der Ausbeutung notwendig sind.

Ist die Arbeiterschaft erst einmal im Laufe der geschichtlichen Entwicklung in die Lage gekommen, durch Streiks den Staat zu zwingen, zu ihren Gunsten zu intervenieren, dann kann es ihr nicht verborgen bleiben, daß und durch welche Mittel sie imstande ist, die Diktatur im Staate zu erlangen. Hierin gerade liegt das Wesen des politischen Streiks, daß er, auch wo er ausgeht von dem Versuch der Erweiterung des Nahrungsspielraums be-

stimmter Schichten, umschlägt in einen Kampf gegen die Ausbeutung überhaupt. Wie der Parlamentarismus ein wichtiges Mittel ist zur Unterstützung dieser Klassenkämpfe im Lande, so wird durch den politischen Streik auch den von der parlamentarischen Aktion ausgeschlossenen und von der Berufsorganisation nicht erfaßten Eingewanderten wie den ins Land gezogenen fremdsprachigen Saisonarbeitern die Möglichkeit der politischen Betätigung gegeben, ihr Ausspielen gegen die organisierten heimischen Arbeiter durch die Unternehmer zum guten Teile durchkreuzt. Andrerseits werden durch die Möglichkeit einer Betätigung unter Leitung der Organisationen diese zum großen Teil von der Organisation nicht erfaßten Elemente den Organisationen und ihren Aktionen untergeordnet, von individueller Rebellion gegen die Ausbeutung zurückgehalten. Wenn dadurch *individuelle Gewaltakte* in den sich notwendig verschärfenden Klassenkämpfen in Deutschland vermindert werden, so hat den Vorteil davon die organisierte Aktion der Arbeiterklasse, die so schon alle Hände voll zu tun haben wird, sich gegen gewalttätige Streikbrecher, deren Brutalität durch die Blutarbeit, die sie im Kriege leisten dürfen, nur vermehrt werden kann, zur Wehr zu setzen. Dieser individuellen anarchistischen Gewalt der Streikbrecher stellt die Arbeiterklasse ihre organisierte Aktion gegenüber, die wie jede Zusammenfassung von gesellschaftlicher Macht als reale Gewalt wirkt. Der Unterschied zwischen Anarchismus und Sozialismus liegt nicht, wie vielfach fälschlich behauptet wird, darin, daß auf der einen Seite die Gewalt, auf der anderen die Gesetzlichkeit die notwendige Grundlage der Aktion ist, sondern darin, daß der Anarchismus *individuelle Gewalt*, der Sozialismus aber *organisierte gesellschaftliche Gewalt* darstellt, wie denn Gewalt und Gesetz an sich keine Gegensätze sind; das Gesetz selbst ist nichts als Zwang, ein Ausfluß organisierter Gewalt.

Die internationale Gleichförmigkeit der hoch entwickelten Großunternehmungen in den modernen Industriestaaten macht für das Proletariat die *internationale* Aktion in den hoch entwickelten Industrien zur Not-

wendigkeit, wie jeder Hafen- oder Werftstreik beweist. Vorbedingung der internationalen Aktion ist die internationale Organisation als Zusammenwirken der national zentralisierten Industrieverbände.

* * *

Der Imperialismus als Kampf des organisierten Finanzkapitals um Erweiterung der Märkte, um Anlagesphären und Interessengebiete im Ausland setzt die wirtschaftliche und politische Organisation des gesamten in sich geschlossenen Staatengebietes ein wider die imperialistische Konkurrenz der übrigen Weltmächte. Er ist ein mit den Mitteln der Staatsgewalt betriebener Kampf um die größere Rate des Kapitalexports, um die höhere kapitalistische und technische Organisation und den größeren Anteil am Gesamtprofit der Welt. In der wirtschaftlichen Konkurrenz der imperialistischen Länder wider einander muß dasjenige Land die günstigsten Aussichten haben, das die größte Militär- und Finanzmacht einzusetzen, das die höchsten Formen der Ausbeutung und die höchste Stufe der privat- und staatskapitalistischen Organisation erreicht hat.

Wie die letzten Kriege der Vergangenheit, der Krieg der Union gegen Spanien, der Krieg der Großmächte gegen China, der Burenkrieg, der russisch-japanische Krieg, das Eingreifen Rußlands in die persische Revolution, der Krieg um Tripolis, die Balkankriege und schließlich der Weltkrieg hervorgegangen sind aus diesen imperialistischen Interessengegensätzen, so führt die Herrschaft des Finanzkapitals über die Staatsgewalt notwendig dahin, daß die wirtschaftlichen Gegensätze der auf dem Weltmarkt konkurrierenden Gruppen des Finanzkapitals immer wieder umschlagen in den Krieg. Ein beständiges Aufrüsten, dauernde Kriegsgefahr, eine sich stetig steigernde Militarisierung der Völker ist die Folge, die sich nach Beendigung des Weltkrieges in unheimlichen Dimensionen

bemerkbar machen muß. Die mit dieser Politik verbundene enorme Mehrausgabe der Staaten führt zur schärfsten Anziehung der Steuerschraube. Wie die bisherige imperialistische Steuerpolitik bereits hingewirkt hat auf die Kartellierung einzelner Konsummittelindustrien — so in der Spiritus-, Zigaretten- und Zündholzindustrie — so wird der vermehrte Steuerbedarf nach dem Kriege nicht nur die Schaffung privater Kartelle kräftig fördern, sondern auch den alten Bismarckschen Plan der Verstaatlichung wichtiger Konsummittelindustrien wieder zu Ehren bringen. Die organisatorischen Bedürfnisse der imperialistischen Wirtschaft ergänzen sich: die durch die Staatsmacht betriebene Konkurrenz auf dem Weltmarkt kartelliert die Produktionsmittel erzeugenden Industrien; die inländische Steuerpolitik kartelliert die Industrien des Massenbedarfs.

Auch hier zeigt sich, wie wirtschaftliche und politische Aktion ineinander verlaufen. Die innere und äußere Wirtschaftsführung ruiniert die Selbständigkeit der Mittelklassen und schafft die nackte politische Diktatur der Monopolisten. Die innere Politik bewegt sich in autokratischen, antidemokratischen Linien. So wenig die Fürstenoligarchie demokratisch sein konnte, kann es die Oligarchie der Kapitalmagnaten sein. Ziel und Zweck ihres gesamten Wirkens ist die Erhaltung ihrer Vorrechte, ist die Befestigung und Erweiterung ihrer Macht, vermittelst derer sie die Volksmassen wirtschaftlich ausbeuten und politisch für ihre imperialistischen Interessen in Bewegung setzen können. Nur durch die Steigerung der Ausbeutungs- und Herrschaftstendenzen über die Volksmassen können sie hoffen, im Konkurrenzkampfe mit dem Imperialismus des Auslandes wirtschaftlich, politisch und militärisch zu siegen, können sie darauf rechnen, daß es ihnen wieder und wieder gelingen wird, die Volksmassen in ihre imperialistischen Kriege hineinzutreiben. Diese Politik, die den Interessen der Volksmassen diametral entgegengesetzt ist, verträgt keine Kontrolle demokratischer Institutionen. Für diese Politik können die Volksmassen nur Objekt der Exekutivgewalt des Staates, nicht Subjekt seiner Politik sein.

Die klare Erkenntnis dieser tatsächlichen Zusammenhänge gibt der Arbeiterklasse die Grundlage, von der aus sich ihre Politik bestimmt. Der Autokratie der Kapitalmagnaten stellt sie die Demokratie der Arbeitermassen entgegen, der Kriegspolitik des Finanzkapitals den Friedenswillen des Proletariats. Die Hebel zur Verwirklichung ihrer Ziele sind der Kampf im Innern gegen die Fürstenoligarchie und für die Zertrümmerung des Partikularismus, der Kampf für die demokratische zentralistische deutsche Republik, der Kampf für die Erringung einer antikapitalistischen Steuergesetzgebung; in der Auslandspolitik der Kampf für die absolute Verhinderung der Kriege durch Schaffung einer internationalen proletarischen Organisation, die es ermöglicht, durch gemeinsame internationale Aktion gegenüber dem Kriegstreiben der Imperialisten den Friedenswillen des Proletariats zur Geltung zu bringen.

Das Proletariat bedient sich der ihm im Gegenwartsstaate zur Verfügung stehenden politischen Rechte. In dem Maße aber, in dem durch die imperialistischen Tendenzen die politischen Rechte des Proletariats gemindert werden, in dem Maße, wie die Diktatur des Imperialismus sich durchsetzt und die Abwehr der politischen Entrechtung und der wirtschaftlichen Herabdrückung eine eiserne Notwendigkeit wird, ergibt sich auch auf dem Gebiete der Staatspolitik die Notwendigkeit, daß das Proletariat auf das ihm eigentümliche Machtmittel zurückgreift, die Macht seiner Zahl, die Macht seiner Organisation einsetzt gegen die antidemokratischen Tendenzen des Imperialismus. Das Schwergewicht des politischen proletarischen Kampfes wird damit aus den Parlamenten in die Massen verlegt. Der politische Streik wird kraft innerer geschichtlicher Notwendigkeit die vornehmste Waffe des durch den Imperialismus niedergedrückten Proletariats.

Wie in der gewerkschaftlichen Organisation, so verlangt die neue Situation auch Wandlungen in den Formen der

politischen Organisation des Proletariats. Wie der Sozialismus als die Verwirklichung der politischen und sozialen Demokratie in der Gesellschaft die straffe organisatorische Zusammenfassung der Gesamtheit im Kampf um die Erringung der höchsten Lebensmöglichkeiten bedeutet, während er im Innern, im Rahmen seiner Organisation, dem Individuum die volle Auswirkung aller in ihm liegenden Kräfte und Fähigkeiten ermöglicht, so faßt die politische Organisation die Arbeitermassen zu einer organisatorischen Einheit zusammen, zum Kampf gegen die äußeren Widerstände, während im Innern die individuelle Freiheit und Gleichheit der einzelnen, und damit die Prinzipien der Demokratie, im vollen Umfang verwirklicht sind. Wie für den Sozialismus, so bestehen für die proletarische Klassenorganisation, die ihn verwirklichen will, zwei Grundpfeiler: die volle Geschlossenheit nach außen, die ihre Voraussetzung und Ergänzung findet in der vollen Demokratie im Innern.

Diese Demokratie im Innern ist die Voraussetzung für die Entfesselung der Kräfte der Massen im Kampfe nach außen. Wie der Streik in den Riesenbetrieben eine organisierte Masse mit freiem Selbstbestimmungsrecht zur Voraussetzung hat, so erfordert der politische Streik die volle Bewegungsfreiheit der Massen innerhalb der Organisation. Voraussetzung seines Gelingens ist der aus der Masse der Organisierten spontan hervorbrechende Wille zum Streik. Sein Schwerpunkt liegt in der Arbeiterschaft der Riesenbetriebe, in den großen Zentren des Verkehrs und Konsums; sein Ziel ist die Störung der Profitbildung des nationalen Kapitals und damit die Erschütterung des Weltkapitals; seine Methoden sind die Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes auf der Stufenleiter des Kampfes gegen die Monopole. Diese dem Proletariat dann geläufigen Methoden ermöglichen erst die geregelte und einheitliche Leitung der Kämpfe, die Durchführung einer Steigerung der Aktionen oder ihren geregelten Abbruch, sowie die Erledigung der Verwaltungsarbeit, die die planmäßige Aufbringung und Verteilung der Unterhaltungsgelder, sowie die Einordnung der beteiligten Unorganisierten in die Organisationen erfordert.

So wenig es sich bei der Weiterbildung der gewerkschaftlichen Organisationsform um Zertrümmerung der bestehenden Verbände handelt, sondern um ihre durch die Verhältnisse geforderte Umformung, so wenig bedeutet in der politischen Organisationsform die Erweiterung des Selbstbestimmungsrechts der Massen einen Bruch mit den Prinzipien der Vergangenheit. Das Verfassungsprinzip der proletarischen Partei ist die Demokratie, und wenn die historisch bedingte Form der parlamentarischen Reformpolitik in Deutschland einen Appell an die eigene Kraft der Massen bisher nur in wenigen Ausnahmefällen ermöglichte, so unterlag das System der Vertretung, das System einer Führerschaft, deren Schwergewicht in Verhandlungen lag, eben dieser historischen Bedingtheit. In der Zeit des Imperialismus und der kommenden revolutionären Periode liegt das Schwergewicht der proletarischen Politik in den Aktionen der Masse selbst; und diese Aenderung in den Formen des Klassenkampfes muß sich notwendig ausdrücken in einer Erweiterung der Rechte der Massen in ihren Organisationen.

Der Riesenkampf, der die Welt durchtobt, seit an die Stelle des alten kommunistischen Gemeinbesitzes das private Eigentum an den Produktionsmitteln trat, nähert sich seiner letzten Phase. Das private Eigentum an den Produktionsmitteln, das die Welt ergriffen hat, um sie zu beherrschen, hat aus den arbeitenden Massen der Welt Sklaven des Kapitals gemacht. Es hat zu den Kämpfen im eigenen Lande, die zwischen den Klassen toben, den Krieg gesellt der Völker wider die Völker und hat in seiner höchsten Form der Entwicklung den Weltkrieg, unterbrochen von Waffenstillständen, zu einer dauernden Institution gemacht. Es begnügt sich nicht mehr damit, die arbeitenden Massen auszubeuten und zu fesseln; es zwingt sie auch, sich gegenseitig abzuschlachten zur höheren Ehre des Weltprofits. Damit aber hat es zugleich die Interessensolidarität der Proletarier aller Länder, die schon mit der Internationalität der Ausbeutung gegeben war, durch die Internationalität des Massenmordes vervielfacht. Stürmischer als je wird

nach Beendigung dieses Krieges, den ein deutscher offiziöser Militärschriftsteller, Frobenius, stilvoll den ersten Weltkrieg nennt, der Weckruf durch die Lande dröhnen: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Und während durch Blut und Brand die Monopolisten aller Länder ihren Anteil am Weltprofit zu sichern trachten, werden die Proletarier der Welt sich erinnern, daß sie eine Welt zu gewinnen haben, und daß es von ihrer Einigkeit und Geschlossenheit abhängt, wann endlich Friede auf Erden wird, wann es dahin kommen wird, daß der letzte Proletarier als freier Mann auf freier Erde wandelt, daß die Massen, die alle Werte schaffen, sie auch besitzen, sie auch genießen.

Alle Rechte, besonders das der Uebersetzung, vorbehalten.

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort 3
Gesellschaft, Klasse und Staat 8
Bürgerliche Revolution und bürgerliche Demokratie 14
Die proletarische Klassenbewegung . . . 31
Die reformistische Taktik 36
Der politische Streik 57

Der politische Streik

Von Heinrich Laufenberg

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart 1914

Gebunden Mark 2.50

Inhalt: Vorwort. — Einleitung. — Erstes Kapitel: Vom Chartismus zur russischen Revolution. — Zweites Kapitel: Die deutsche Diskussion. — Drittes Kapitel: Wahlrechtskämpfe. — Viertes Kapitel: Der politische Streik nach der russischen Revolution. — Fünftes Kapitel: Die deutsche Expansion. — Sechstes Kapitel: Die Sammlungsbewegung des Bürgertums. — Siebentes Kapitel: Zur Methode des politischen Streiks.

Imperialismus u. Demokratie

Ein Wort zum Weltkrieg

Von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim

Verlag von Dr. H. Laufenberg, Hamburg 1914

Preis 30 Pfg.

Inhalt: Vorwort — Die Sozialdemokratie und der Burgfriede. — Oesterreich und Serbien. — Der Zarismus. — Frankreich. — England. — Rück- und Ausblicke. — Bürgerliche und proletarische Demokratie. — Die alte und die neue Internationale.